

Handreichung für die Betreuung und Unterstützung von LSBTTI*-Flüchtlingen



Inhalt

Schnellübersicht zum Flüchtlingskreis LSBTTI*	5
Allgemeine Empfehlungen für einen Umgang mit Geflüchteten mit LSBTTI*-Hintergrund in Flüchtlingseinrichtungen	7
Asylrecht und LSBTTI*	11
Adressenübersicht: Beratung und Information für LSBTTI*-Flüchtlinge in Deutschland	15
Adressenübersicht: Flüchtlingsräte in Deutschland (Vermittlung/keine Beratung)	38
Übersicht: Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit in verschiedenen Weltregionen	40
Anlage: Arbeitsblatt für Orientierungskurse zum Thema LSBTTI*	42
Impressum	43





Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Samariterinnen und Samariter,

gerade die Betreuung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten stellt in der Flüchtlingshilfe eine besondere Herausforderung dar.

Zwar sind Geflüchtete mit einem LSBTTI*-Hintergrund nicht explizit in der EU-Aufnahmerichtlinie 2003/9/EG bzw. 2013/33/EU als besonders schutzbedürftig aufgelistet, doch ist die Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität laut der EU-Qualifikationsrichtlinie 2011/95/EU und dem Asylgesetz ein anerkannter Asylgrund.

Zudem hat der Europäische Gerichtshof die Rechte von LSBTTI*-Asylsuchenden aus guten Gründen gestärkt. Denn LSBTTI* werden oftmals in ihren Heimatländern massiv verfolgt und stehen auch in den Flüchtlingseinrichtungen in Deutschland vor spezifischen Herausforderungen. So häufen sich Berichte über Anfeindungen und auch gewalttätige Übergriffe. Das Bekanntwerden eines LSBTTI*-Hintergrunds kann zu einer Gefahr für die Betroffenen werden. Dies macht einen besonders sensiblen Umgang mit der Thematik notwendig.

Zur Zielgruppe der Flüchtlinge mit LSBTTI*-Hintergrund liegen derzeit leider nur wenige praxisnahe Empfehlungen und Hintergrundinformationen vor. Die vorliegende Handreichung gibt daher eine Einführung in das Thema, Handlungsempfehlungen und eine bundesweite Übersicht über Beratungsstellen.

Wir hoffen, dass wir mit dieser Broschüre eine Orientierung geben können, und freuen uns über Anregungen und Hinweise, insbesondere mit Praxisbezug.

Für Rückfragen stehen wir gerne jederzeit zur Verfügung.

Mit besten Grüßen

Dr. Georg Scholz
Bundesarzt des
ASB Deutschland

Henny Engels
Bundsvorstand
LSVD

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock
Vorsitzender
Der Paritätische Gesamtverband

„Menschen mit LSBTTI-Hintergrund droht in sieben Ländern die Todesstrafe. In vielen weiteren werden sie bedroht, gefoltert und ermordet. Die Aufnahme dieser verfolgten Personen in Deutschland ist eine humanitäre Pflicht.“*

Klaus Jetz
Geschäftsführer
Hirschfeld-Eddy-Stiftung



Schnellübersicht zum Flüchtlingskreis LSBTTI*

- 1) Flüchtlinge mit LSBTTI*-Hintergrund sind, wie etwa Schwangere, Menschen mit Behinderung, Opfer des Menschenhandels und unbegleitete Minderjährige, als besonders schutzbedürftige bzw. vulnerable Flüchtlinge anzusehen.
- 2) Es ist vorsichtig geschätzt davon auszugehen, dass mindestens 5 % der Flüchtlinge eine LSBTTI*-Identität haben.
- 3) LSBTTI*-Flüchtlinge kommen meist aus Staaten, in denen ihnen Zwangsverheiratung, Gefängnisstrafen, Folter oder gar die Todesstrafe drohen. Viele LSBTTI*-Flüchtlinge müssen daher in ihrem Herkunftsland ihre sexuelle Orientierung und/oder geschlechtliche Identität verheimlichen, meist auch vor engsten Familienangehörigen.
- 4) Es ist davon auszugehen, dass in Deutschland ankommende LSBTTI*-Flüchtlinge versuchen werden, in einer größeren Stadt aufgenommen zu werden, da dort erfahrungsgemäß eine breitere LSBTTI*-Infrastruktur (spezialisierte Beratungsstellen, Treffpunkte etc.) vorhanden ist.
- 5) LSBTTI*-Flüchtlinge können nach Bekanntwerden ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität in Erst- und Gemeinschaftsunterkünften homophoben oder transphoben Anfeindungen durch Mitbewohner_innen und Personal ausgesetzt sein. Hier braucht es verbindliche Hausordnungen, LSBTTI*-inklusive Gewaltschutzkonzepte und Schutzräume für Betroffene.
- 6) In den Flüchtlingsunterkünften kann es ein Problem geben, wenn Geflüchtete mit LSBTTI*-Hintergrund sich vor Dolmetscher_innen oder Übersetzer_innen offenbaren müssen und/oder diese bei Konflikten vermitteln sollen. Diskriminierung durch homophobe und transphobe Dolmetscher_innen oder Übersetzer_innen kann negative Auswirkungen auf das Asylverfahren haben.
- 7) LSBTTI*-Flüchtlingen fällt es aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen oftmals sehr schwer, über ihre sexuelle Orientierung und/oder geschlechtliche Identität und ihre Verfolgung zu sprechen. Dies kann negative Auswirkungen auf ein Asylverfahren haben, da gegebenenfalls der gesamte Umfang an erlittener Diskriminierung und Gewalt nicht oder nur unvollständig thematisiert wird.
- 8) Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität ist laut der EU-Qualifikationsrichtlinie 2011/95/EU und § 3 b Abs. 1 Nr. 4 AsylG ein anerkannter Asylgrund. Die Verhängung einer Freiheitsstrafe für gleichgeschlechtliche Sexualität ist nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) eine solche Verfolgungshandlung. Geflüchtete LSBTTI* müssen deshalb in Deutschland

INFO

Die Abkürzung LSBTTI* steht für

L = Lesben

S = Schwule

B = Bisexuelle

T = Transsexuelle

T = Transgender

I = Intersexuelle

* = Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identitäten

Die Bezeichnung „queer“ wird in LSBTTI*-Zusammenhängen oftmals als Oberbegriff verwendet, um sexuelle Orientierung und/oder geschlechtliche Identität zu bezeichnen, die von Hetero-Normen abweicht.

Detailliertere Erläuterungen zur Vielfalt der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität findet man zum Beispiel unter <http://echte-vielfalt.de/wort-schatz>, www.andersundgleich-nrw.de/images/Fibel_der_vielen_kleinen_Unterschiede.pdf und www.netzwerk-lsbttiq.net/lbttiq.

überzeugend glaubhaft machen, dass sie in ihrem Herkunftsstaat wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität Verfolgung erlebt haben bzw. dass ihnen Verfolgung droht. Wenn sie unverfolgt ausgereist sind, müssen sie ausdrücklich vorbringen, dass sie (auch) aus Angst vor Verfolgung versteckt gelebt haben. Sonst wird ihr Asylgesuch abgelehnt.

9) Der EuGH hat die Rechte von LSBTTI* gestärkt. So hat er die bisherige Praxis verworfen, das Asylgesuch mit der Begründung

abzulehnen, die Asylbewerbenden brauchten keine Verfolgung zu befürchten, wenn sie sich nicht „outen“ und nicht offen leben. Detaillierte Befragungen zu sexuellen Praktiken, psychologische Gutachten und medizinische Tests sowie das Einbeziehen von intimen Fotos sind nach EuGH-Rechtsprechung unzulässig. Wenn es ein Flüchtling nicht schafft, sich gleich bei der ersten Anhörung zu outen, darf das nicht mehr dazu führen, dass der angegebene Fluchtgrund als „gesteigertes Vorbringen“ abgetan wird.



Allgemeine Empfehlungen für einen Umgang mit Geflüchteten mit LSBTTI*-Hintergrund in Flüchtlingseinrichtungen

- 1) In vielen Unterkünften kann die Privatsphäre nicht ausreichend gewährleistet werden. Für LSBTTI*-Flüchtlinge kann es daher problematisch sein, sich zu outen, da sie mit Anfeindungen und Übergriffen rechnen müssen. Gegebenenfalls sollte LSBTTI*-Flüchtlingen geraten werden, sich innerhalb der Einrichtung nicht zu outen. Nach homophoben oder transphoben Übergriffen ist es unter Umständen notwendig, Betroffene oder Täter_innen zum Beispiel in eine andere Einrichtung zu vermitteln.
- 2) Es empfiehlt sich, auf LSBTTI* spezialisierte Beratungsstellen bei Problemen frühzeitig einzubinden (siehe Listen Kapitel „Adressen: Beratung und Information für LSBTTI*-Flüchtlinge“ und „Adressen: Flüchtlingsräte in Deutschland“/Vermittlung; keine Beratung).
- 3) Haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende sollten in Schulungen auch für LSBTTI*-Themen sensibilisiert werden. Homophobie und Transphobie müssen wie alle Formen psychischer und physischer Gewalt in der Einrichtung eine klare Absage erteilt werden. Auch externes Personal sollte auf einen sensiblen Umgang mit besonders schutzbedürftigen Personen in den Gemeinschaftsunterkünften hingewiesen werden.

TIPP ▶▶

Begrüßungsmappen sind eine gute Möglichkeit, die Flüchtlinge in der Einrichtung willkommen zu heißen und ihnen Orientierung zu geben. Es empfiehlt sich, in der Mappe auch die Hausordnung in mehreren Sprachen beizulegen.

TIPP

Das Webportal
www.zanzu.de der
Bundeszentrale

für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
bietet in 13 Sprachen Informationen zur
sexuellen Gesundheit und erleichtert
damit die Kommunikation über sensible
Themen.

- 4) Eine Person in der Einrichtung sollte als Ansprechpartner_in für LSBTTI*-Flüchtlinge gewonnen werden. Zudem sollten Möglichkeiten geschaffen werden, dass LSBTTI*-Flüchtlinge diskret Kontakt aufnehmen können, um ihre persönliche Situation in einem geschützten Rahmen thematisieren zu können. Ein Regenbogenaufkleber kann für LSBTTI*-Flüchtlinge Offenheit signalisieren. Ggf. können Plakate mit Kontaktdaten bzw. Internetadressen von Ansprechpartner_innen aufgehängt werden. Wichtig ist dabei, dass das Plakat nicht nur die Thematik LSBTTI* behandelt, da sonst die Gefahr eines Outings besteht. Die Ansprechpartner_innen in den Einrichtungen sollten einer Schweigepflicht unterliegen. Dies sollte auch den Geflüchteten vermittelt werden, um die Hemmschwelle einer Kontaktaufnahme möglichst niedrig zu halten und Sicherheit zu geben.
- 5) Eine Hausordnung mit Grundregeln für ein rücksichtvolles Miteinander sollte in mehreren Sprachen und zentral aufgehängt werden. Hierbei empfiehlt es sich, auf alle im „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“ genannten Merkmale Bezug zu nehmen; mehr Informationen dazu bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes unter www.antidiskriminierungsstelle.de. Es sollte vermittelt werden, an wen sich die Geflüchteten bei Beschwerden bzw. Verstößen wenden können und was mit der Beschwerde passiert. Auch hier ist ein sensibler Umgang mit der Gefahr eines Outings bei Anzeigen eines Angriffs empfehlenswert z.B. mit Verweis auf eine Schweigepflicht.

- 6) Bei der Auswahl von Dolmetscher_innen und Übersetzer_innen für LSBTTI*-Flüchtlinge sollte auf eventuell vorhandene homophobe oder transphobe Einstellungen geachtet werden. Es muss sichergestellt werden, dass die herangezogenen Dolmetscher_innen und Übersetzer_innen sachgemäß und vorurteilsfrei übersetzen.
- 7) Die LSBTTI*-Thematik sollte in das Gewaltschutzkonzept der Einrichtung integriert werden. Der Paritätische Gesamtverband gibt in der Broschüre „Empfehlungen an ein Gewaltschutzkonzept zum Schutz von Frauen und Kindern vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften“ Hinweise für einen Umgang mit besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen.
- 8) Im Sinne eines Gewaltschutzkonzepts sollten Notrufsysteme in den Einrichtungen in nicht einsehbaren Bereichen, insbesondere in den Sanitärbereichen, installiert werden. Wichtig ist hier auch das Vertrauen der Geflüchteten in den Wachdienst/die Security und das Wissen, dass sie sich bei einem Vorfall an sie wenden können. Eine Schulung/Sensibilisierung für das Thema wird daher empfohlen. Wichtig ist auch eine ausreichende Beleuchtung der Einrichtung. Besonders die Wege zu den Sanitärbereichen sollten nachts beleuchtet sein, um Übergriffen entgegenzuwirken. Die Möglichkeit Sanitäranlagen und Zimmer abzuschließen, sollte gegeben sein.
- 9) Viele Flüchtlinge mit LSBTTI*-Hintergrund benötigen Orientierung und Informationen über ihre Situation als LSBTTI* in Deutschland, gegebenenfalls auch über HIV/AIDS.

TIPP

Die Broschüre
„Empfehlungen an
ein Gewaltschutz-
konzept zum Schutz von Frauen und Kindern vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften“ kann unter <http://www.migration.paritaet.org/fluechtlingshilfe/arbeitshilfen/?layout=opaowcxzait> heruntergeladen werden.

Der LSVD Berlin-Brandenburg hat Broschüren in arabischer, türkischer und russischer Sprache über die gesellschaftliche Situation von Schwulen und Lesben in Deutschland online gestellt. Zudem hat er ein Arbeitsblatt „Welche Rechte haben homosexuelle Menschen in Deutschland?“ für Lerngruppen mit Deutsch als Fremdsprache entwickelt, das dieser Handreichung in der Anlage beiliegt. Die Unterlagen des LSVD Berlin-Brandenburg lassen sich als PDF unter <https://berlin.lsvd.de/projekte/miles/> herunterladen.

- 10) Der selbstverständliche Umgang mit LSBTTI*-Lebensweisen im Alltag, etwa auch in Sprach- und Integrationskursen, zeigt einen offenen Umgang mit der Vielfalt der individuellen Lebensentwürfe.

TIPP ▶▶

Der LSVD hat mit Unterstützung des Bundesministe-

riums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein Handbuch für familienbezogenes Fachpersonal unter dem Titel „Homosexualität in der Familie“ veröffentlicht. PDF-Download ist unter http://homosexualitaet-familien.de/texte/LSVD_Handbuch_Fachpersonal_2014.pdf möglich. Unter www.regenbogenkompetenz.de/regenbogenkompetenz gibt es Erläuterungen zur Regenbogenkompetenz. Diese stellt Fachpersonal vor die Herausforderung, eigenen Stereotypen und Vorurteilen nachzuspüren und diese kritisch zu hinterfragen.



„Wir müssen LSBTTI-Flüchtlingen während und nach der Aufnahme besonderen Schutz zukommen lassen. Unser Grundgesetz verpflichtet uns, den Betroffenen den Schutz zu gewähren, der ihnen in ihren Heimatländern und oftmals auch in den Erstaufnahmeländern verwehrt bleibt.“*

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock
Vorsitzender
Der Paritätische Gesamtverband



Asylrecht und LSBTTI*

Ein kurzer Leitfaden des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) für LSBTTI*-Flüchtlinge erläutert deren spezielle Situation.

1. Wann können LSBTTI* in Deutschland Asyl erhalten?

LSBTTI* können in Deutschland Asyl erhalten, wenn sie in ihrem Heimatland wegen ihrer sexuellen Identität verfolgt werden und die Gefahr droht, dass sie an Leib, Leben oder Freiheit verletzt, strafrechtlich verfolgt oder einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Bestrafung unterworfen werden. Die Verfolgungshandlungen müssen aufgrund ihrer Art oder Wiederholung so gravierend sein, dass sie eine schwerwiegende Verletzung der grundlegenden Menschenrechte darstellen.

TIPP



Einen ausführlichen mehrsprachigen Ratgeber des

LSVD zum Asylrecht findet man auf der Webseite www.lsvd.de unter den Menüpunkten → Recht → Ratgeber → Asylrecht.

Auch eine Kumulation unterschiedlicher Maßnahmen kann die Qualität einer Verletzungshandlung haben wie z.B. Diskriminierungen beim Zugang zu Bildungs- oder Gesundheitseinrichtungen, aber auch existenzielle berufliche oder wirtschaftliche Einschränkungen. Die einzelnen Eingriffshandlungen müssen nicht für sich allein die Qualität einer Menschenrechtsverletzung aufweisen, in ihrer Gesamtheit aber eine Betroffenheit des Einzelnen bewirken, die der Eingriffsintensität einer schwerwiegenden Menschenrechtsverletzung entspricht.

Der bloße Umstand, dass homosexuelle Handlungen unter Strafe gestellt sind, stellt als solche noch keine Verfolgungshandlung dar. Dagegen ist eine Freiheitsstrafe, mit der homosexuelle Handlungen bedroht sind und die im Herkunftsland tatsächlich verhängt wird, als unverhältnismäßige oder diskrimi-

nierende Bestrafung zu betrachten und stellt somit eine Verfolgungshandlung dar.

Beschimpfungen, Schmähungen und unsubstanzierte Drohungen sowie die Vermittlung eines Gefühls des Unerwünschtseins reichen dagegen als „Verfolgungshandlungen“ nicht aus. Sie sind nicht so gravierend, dass sie eine schwerwiegende Verletzung der grundlegenden Menschenrechte darstellen.

Die Verfolgung kann vom Staat ausgehen, von Parteien oder Organisationen, die den Staat oder einen wesentlichen Teil des Staatsgebiets beherrschen, oder von nicht-staatlichen Akteur_innen, sofern der Staat oder die dort herrschenden Parteien und Organisationen erwiesenermaßen nicht in der Lage oder nicht willens sind, Schutz vor Verfolgung zu bieten. Diese Voraussetzung ist erfüllt, wenn es tatsächlich schon wiederholt zu Angriffen auf LSBTTI* gekommen ist, und wenn die Polizei nicht bereit war, die Täter_innen zu ermitteln und zu verfolgen und LSBTTI* zu schützen.

Wenn LSBTTI* unverfolgt aus ihrem Herkunftsland ausgereist sind, reicht es nicht aus, dass es dort vereinzelt zu Übergriffen gekommen ist. Die Übergriffe müssen sich so ausgeweitet haben, dass alle LSBTTI* konkret damit rechnen müssen, ebenfalls verfolgt zu werden.

2. Die Einreise nach Deutschland

Asyl kann nur in Deutschland beantragt werden. Asylbewerber_innen, die auf dem Landweg in die Bundesrepublik einreisen, können das nur über einen „Dublin-Staat“.

Für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union und zusätzlich für Norwegen, Island, die Schweiz und Lichtenstein gilt die Dublin-III-Verordnung. Sie regelt, welcher Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. Das ist der Dublin-Staat, in den ein Flüchtling als erster (illegal) eingereist ist oder in dem bereits ein Asylverfahren anhängig ist oder war.

Wenn das „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ (BAMF) feststellt, über welchen Dublin-Staat Asylbewerber_innen eingereist sind, werden sie dorthin abgeschoben, wenn dieser Staat der Übernahme des Verfahrens zustimmt.

TIPP



Der Paritätische
Gesamtverband
hat eine ausführ-

liche Broschüre zum Thema Asylrechts-
beratung unter dem Titel „Grundlagen
des Asylverfahrens – Eine Arbeitshilfe für
Beraterinnen und Berater“ herausgegeben.
Ein PDF-Download ist möglich unter [www.
migration.paritaet.org/start/publikationen](http://www.migration.paritaet.org/start/publikationen)

Lässt sich der zuständige Dublin-Staat nicht feststellen, ist Deutschland für die Prüfung des Asylantrags zuständig. Das ist wohl der Grund, warum Asylbewerber_innen nach der Einreise häufig ihre Reise- und Ausweispapiere vernichten.

Die Geflüchteten dürfen in solchen Fällen auch nicht in ihr Herkunftsland abgeschoben werden, wenn dort ihr Leben oder ihre Freiheit wegen ihrer „Rasse, Religion, Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ (Genfer Flüchtlingskonvention) bedroht ist. Sie werden dann nach § 60 Abs. 1 AufenthG als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt (sogenanntes kleines Asyl).

3. Die Glaubhaftmachung der behaupteten Verfolgung

Die Asylbewerber_innen müssen schon bei ihrer ersten Anhörung alle Tatsachen vortragen, die ihre Furcht vor Verfolgung oder die Gefahr eines ihnen drohenden ernsthaften Schadens begründen. Damit ihr Vorbringen glaubhaft erscheint, müssen sie ihre persönlichen Erlebnisse und die in ihre Sphäre fallenden Ereignisse lückenlos und ohne wesentliche Widersprüche so schildern, dass der behauptete Asylanspruch glaubhaft erscheint. Ihre Schilderung muss konkret, anschaulich und detailreich sein.

Spätere Berichtigungen oder Ergänzungen („gesteigertes Vorbringen“) werden als unglaubwürdig abgetan und führen oftmals zur Ablehnung des Antrags, weil das Vorbringen insgesamt unglaubwürdig sei. Laut einem EuGH-Urteil ist das jedoch nicht zulässig (siehe Seite 5, Punkt 9).

4. Rückkehrprognose

Wenn die Asylbewerber_innen glaubhaft machen können, dass sie beispielsweise vor ihrer Flucht wegen ihrer Homosexualität verfolgt worden sind, wird angenommen, dass sie bei einer Rückkehr in ihr Herkunftsland erneut verfolgt werden.

Wenn die Asylbewerber_innen ihr Herkunftsland unverfolgt verlassen haben, weil sie ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität geheim gehalten haben, wird geprüft, ob sie dies aus Angst vor Verfolgung getan haben oder weil sie ihre Familie oder ihre Freund_innen nicht bloßstellen wollten. Wenn sie aus Angst vor Verfolgung diskret gelebt haben, wird der Flüchtlingsschutz bewilligt.

Wenn sie dagegen diskret gelebt haben, um niemanden zu brüskieren, wird angenommen, dass sie diesen Lebensstil für sich akzeptieren. Der Flüchtlingsschutz wird dann abgelehnt.

5. Beschleunigtes Verfahren

Bestimmte Gruppen von Flüchtlingen werden von der Bundespolizei nach ihrer Kontrolle in „besondere Aufnahmeeinrichtungen“ verwiesen. Dort muss das Asylverfahren binnen einer Woche durchgeführt werden. Wenn das dem Bundesamt nicht gelingt, wird das Verfahren als nicht beschleunigtes Verfahren fortgeführt.

Das beschleunigte Verfahren findet unter anderem statt bei:

- Geflüchteten aus sicheren Herkunftsstaaten. Das sind alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, die Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien. Die Länder Algerien, Marokko und Tunesi-

en sollen ebenfalls zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden.

- Ausländer_innen, die die Behörden über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit offensichtlich getäuscht haben und
- Ausländer_innen, die ein Identitäts- oder ein Reisedokument mutwillig vernichtet oder beseitigt haben, das die Feststellung ihrer Identität oder Staatsangehörigkeit ermöglicht hätte.

Wir gehen davon aus, dass alle Asylbewerber_innen ohne Papiere ins beschleunigte Verfahren verwiesen werden.

Die Asylbewerber_innen sind verpflichtet, bis zur Entscheidung des Bundesamts und gegebenenfalls auch bis zu ihrer Ausreise oder Abschiebung in der besonderen Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Wenn sie den Bezirk der Ausländerbehörde verlassen, in dem die besondere Aufnahmeeinrichtung liegt, gilt ihr Asylantrag als zurückgenommen. Dasselbe wird unterstellt, wenn sich Asylbewerber_innen nach der Kontrolle durch die Bundespolizei nicht unverzüglich in die besondere Aufnahmeeinrichtung begeben.

Wenn der Antrag von Asylbewerber_innen als offensichtlich unbegründet oder unzulässig abgelehnt wird, können sie gegen diesen Bescheid binnen einer Woche Klage vor dem Verwaltungsgericht erheben und einen Eilantrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage stellen. Der Eilantrag muss ausführlich begründet werden, weil das Verwaltungsgericht darüber nur im schriftlichen Verfahren entscheidet. Wenn der Eilantrag abgelehnt wird, kann die Abschiebung trotz des weiterhin laufenden Klageverfahrens vollzogen und können die Asylbewerber_innen abgeschoben werden.

Es ist deshalb sehr wichtig, dass LSBTTI*-Asylbewerber_innen sofort sachkundig beraten werden. Das wird aber in den meisten Fällen nicht möglich sein, weil es viele LSBTTI*-Asylsuchende nicht schaffen, sofort offen über ihre sexuelle Orientierung und entsprechende Verfolgung zu berichten, wenn Homosexualität in ihrer Herkunftsgesellschaft tabuisiert ist und ihre bisherige Überlebensstrategie war,

ihre sexuelle Orientierung gegenüber Dritten geheim zu halten.

6. LSBTTI*-Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern

Flüchtlingen aus Bürgerkriegsländern wie z.B. Syrien wird der Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt, wenn kein anderer Dublin-Staat zuständig ist. In diesem Zusammenhang ist das Hervorbringen individueller Verfolgungsgründe besonders wichtig, um die Chancen auf eine Flüchtlingsanerkennung zu erhöhen. Die Flüchtlinge erhalten dann eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr, die auch verlängert werden kann. Der subsidiäre Schutzstatus wird aber widerrufen, sobald der Bürgerkrieg zu Ende ist. Die Flüchtlinge müssen dann in ihr Heimatland zurückkehren.

LSBTTI*-Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern sollten sich deshalb bei ihrer Anhörung nicht mit dem Hinweis abspeisen lassen, sie brauchen vorerst keine Angaben über ihre Verfolgung wegen ihrer sexuellen Identität oder über ihre Angst vor einer solchen Verfolgung zu machen, da sie ja ohne Weiteres als Schutzberechtigte anerkannt werden.

Sie müssen unbedingt darauf bestehen, dass sie nicht nur als „subsidiär Schutzberechtigte“, sondern auch als „Flüchtlinge“ anerkannt werden wollen und dass sie deshalb auch zu ihrer Verfolgung als LSBTTI* oder zu ihrer Angst vor einer solchen Verfolgung Angaben machen wollen. Wenn der Entscheider oder die Entscheiderin das ablehnt, müssen sie darauf bestehen, dass das im Anhörungsprotokoll vermerkt wird.

Sonst kann es ihnen passieren, dass ihnen später vorgehalten wird, ihre Angaben zu ihrer Homosexualität seien unglaubwürdig, weil sie das nicht sofort mit vorgebracht hätten.

TIPP ▶▶

Weitere Informationen zu asyl- und aufenthaltsrechtlichen

Frage sind auf der Webseite www.asyl.net des Informationsverbund Asyl und Migration e.V. zu finden.





*„Unsere Gesellschaft und die Behörden
müssen alle Anstrengungen unternehmen,
damit Geflüchtete in Deutschland keinerlei
rassistischen, homophoben oder transpho-
ben Anfeindungen ausgesetzt sind.“*

Manfred Bruns
Bundesanwalt a. D.

Adressen: Beratung und Information für LSBTTI*-Flüchtlinge in Deutschland

Teilweise befinden sich auf LSBTTI*-Flüchtlinge spezialisierte Beratungsstellen noch im Aufbau, eine Vernetzung entwickelt sich derzeit. Sollte vor Ort keine spezifische Beratungsstelle vorhanden sein, empfiehlt sich die direkte Kontaktaufnahme etwa zu den lokalen LSBTTI*-Einrichtungen bzw. -Gruppen oder auch zu den örtlichen AIDS-Hilfen. Eine Übersicht über die AIDS-Hilfen in Deutschland findet man unter www.aidshilfe.de/de/adressen

TIPP



Eine Liste von Rechtsanwält_innen, die sich mit

dem Thema LSBTTI auskennen, findet man unter <https://www.lsvd.de/nc/recht/rechtsanwaelte-usw/adressen.html>*

Ansprechpersonen für LSBTTI* auf der Flucht
Stand: Juni 2016

Deutschland

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD)

Bundesgeschäftsstelle
Hülchrather Straße 4
50670 Köln
T. 0221-925961-0
F. 0221-925961-11
lsvd@lsvd.de
www.queer-refugees.de
www.lsvd.de

Queeramnesty

Unterabteilung von Amnesty International.
Mehr Informationen unter
www.queeramnesty.de

Netzwerk „Rainbow Refugees“

refugees@csd-dresden.de
www.rainbow-refugees.de

Bundesverband Trans* e.V.G.

Für geschlechtliche Selbstbestimmung und Vielfalt! (BVT*)
Kieholzstraße 2
12435 Berlin
info@bundesverband-trans.de
<http://bundesverband-trans.de>

• Land Baden-Württemberg

LSVD Baden-Württemberg e.V.

Weißenburgstr. 28a
70180 Stuttgart
ba-wue@lsvd.de
<http://ba-wue.lsvd.de/>

Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg

Adlerstraße 12
79098 Freiburg i.Brg.
M. 0152-53 94 81 94
refugees@netzwerk-lsbttiq.net
www.netzwerk-lsbttiq.net

Ombudsperson für Flüchtlingserstaufnahme Ministerium für Integration

Königstraße 44
70173 Stuttgart
T. 0711-27 94 47 7
ombudsmann@intm.bwl.de

Regionen und Kommunen in Baden-Württemberg

Baden-Baden

Arbeitskreis Asyl e.V. Baden-Baden

Industriestraße 41a
76532 Baden-Baden
M. 0172-71 57 653
M. 0152-28 94 475 5
bb.akasyl@online.de
<http://akasyl-bad.de>

Freiburg

AIDS-Hilfe Freiburg e. V.

Büggereuterstraße 12
79106 Freiburg
T. 0761-15 14 66 40
T. 0761-19 41 1
F. 0761-15 14 66 433
kontakt@aidshilfe-freiburg.de
www.aidshilfe-freiburg.de

Rosa Hilfe Freiburg e.V.

Adlerstraße 12
79098 Freiburg
T. 0761-25 16 1
kontakt@aidshilfe-freiburg.de
www.aidshilfe-freiburg.de

Heidelberg

Pro Bono Heidelberg

Studentische Rechtsberatung e.V.
Plöck 101
69117 Heidelberg
asylrecht@probono-heidelberg.de

Flüchtlingsberatung

Diakonisches Werk Heidelberg
Karl-Ludwig-Straße 6
69117 Heidelberg
T. 06221-53 75 0
F. 06221-53 75 75
dw-fluechtlingsberatung@dwhd.de
www.diakonie-heidelberg.de

Karlsruhe

AIDS-Hilfe Karlsruhe e.V.

Wilhelmstraße 14
76137 Karlsruhe
T. 0721-35 48 160
F. 0721-35 48 161 6
info@aidshilfe-karlsruhe.de
www.aidshilfe-karlsruhe.de

Amnesty International Asylberatung

Bezirk Karlsruhe
Alter Schlachthof 59
76131 Karlsruhe
asyl@amnesty-karlsruhe.de
www.amnesty-karlsruhe.de

Verein zur Unterstützung traumatisierter Migranten e.V.

Alter Schlachthof 59
76131 Karlsruhe
T. 0721-62 88 306
trauma-migranten@web.de
www.traumatisierte-migranten.de

Lörrach

Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e.V.

Beratungs- und Informationsstelle
dgti e.V. c/o Eva Marie Schreck
Tumringer Straße 209
79539 Lörrach
T. 07621-16 08 36 3
eva.schreck@dgti.org
www.dgti.org/beratungsstellen.html

Mannheim

PLUS Mannheim

Alphornstraße 2A
68169 Mannheim
T. 0621-33 62 110
team@plus-mannheim.de
www.plus-mannheim.de

Caritasverband Mannheim e.V.

B 5, 19a
68159 Mannheim
T. 0621-12 60 23 0
F. 0621-12 60 28 8
info@caritas-mannheim.de
www.caritas-mannheim.de/hilfe-und-beratung/fluechtlinge-und-migranten

Neu-Ulm

Diakonisches Werk Neu-Ulm e. V.

Asyl- und Migrationsberatung
Eckstraße 25
89231 Neu-Ulm
T. 0731-70 47 822
F. 0731-70 47 825
M. 0171-50 92 309
asylberatung@diakonie-neu-ulm.de
www.diakonie-neu-ulm.de/html/asylberatung.html

Stuttgart

Frauenberatungs- und Therapiezentrum Stuttgart e.V.

Schlossstraße 98

70176 Stuttgart

T. 0711-28 59 001

F. 0711-28 59 003

info@frauenberatung-fetz.de

www.frauenberatung-fetz.de

refugio Stuttgart e.V.

Psychosoziales Zentrum für traumatisierte
Flüchtlinge

Weißenburgstraße 13

70180 Stuttgart

T. 0711-64 53 127

F. 0711-64 53 126

info@refugio-stuttgart.de

www.refugio-stuttgart.de

Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V.

Reinsburgstraße 82

70178 Stuttgart

T. 0711-88 89 99 15

F. 0711-88 89 99 20

info@tgbw.de

<http://s552001431.website-start.de/>

Verein zur Förderung von Jugendlichen e.V .

Heusteigstraße 22

70182 Stuttgart

T. 0711-55 32 64 7

F. 0711-55 32 64 8

fixemer@verein-jugendliche.de

www.verein-jugendliche.de

Weissenburg e.V.

Weißenburgstraße 28a

70180 Stuttgart

T. 0711-64 04 494

F. 0711-64 04 495

info@zentrum-weissenburg.de

www.zentrum-weissenburg.de

Ulm

Amnesty Asylberatung

Bezirk Ulm

Ensingerstraße 21

89073 Ulm

T. 0731-63 63 2

kontakt@amnesty-ulm.de

www.amnesty-ulm.de

Vaihingen/Enz

VTSM Vereinigung Trans Sexuelle Menschen e.V.

Landesverband Baden Württemberg

Kehlstraße 5

71665 Vaihingen/Enz

T. 07042-16 53 4

Tilly@transsexuellev.de

www.transsexuellev.de

Villingen-Schwenningen

Refugio Villingen- Schwenningen

Kontaktstelle für traumatisierte Flüchtlinge
und Folteropfer e.V.

Schwedendammstraße 6

78050 Villingen-Schwenningen

T. 07721-50 41 66

F. 07721-50 41 65

info@refugio-vs.de

www.refugio-vs.de

Waiblingen

InTra* Beratung – Baden-Württemberg

Marbacher Weg 17

71334 Waiblingen

M. 0171-62 73 52 9

katharina.vater@intra-beratung.org

www.intra-beratung.org

• Bayern

München

Amnesty International

Bezirkskoordinationsgruppe für politische Flüchtlinge
Bezirk München und Oberbayern
Volkartstraße 76
80636 München
T. 089-16 54 12
F. 089-16 54 04
asyl@amnesty-muenchen.de
www.amnesty-muenchen-asyl.de

LeTRa

Lesbentelefon e.V.
Blumenstraße 29
80331 München
T. 089-72 54 27 2
F. 089-23 70 79 09
info@letra.de
www.letra.de

Sub e.V.

Müllerstraße 14
80469 München
T. 089-8563464-00
refuge@zentrum.subonline.org
<https://www.subonline.org>

Nürnberg

AIDS-Hilfe Nürnberg-Erlangen-Fürth e.V.

Geschäftsstelle
Entengasse 2
90402 Nürnberg
T. 0911-23 09 03 5
F. 0911-23 09 03 45
info@aidshilfe-nuernberg.de
www.aidshilfe-nuernberg.de

Fliederlich e.V. – Schwulesbisches Zentrum Nürnberg

Sandstraße 7
90443 Nürnberg
T. 0911-42 34 57 0
F. 0911-42 34 57 20
verein@fliederlich.de
www.fliederlich.de

Passau

Amnesty International

Asylberatung Passau-Ostbayern
Postfach 1966
94009 Passau
asyl@amnesty-passau.de

Diakonischen Werk Passau e.V.

Nikolastraße 12 d
94032 Passau
T. 0851-56 06 0
F. 0851-56 06 160
geschaeftsstelle@diakonie-passau.de
www.diakonie-passau.de

Regensburg

RESI Regensburger Schwulen- und Lesbeninitiative

Verein gegen die Diskriminierung von Homosexualität e.V.
Blaue-Lilien-Gasse 1
93047 Regensburg
T. 0941-51 44 1
F. 0941-58 83 9
info@resi-online.de
www.resi-online.de

Würzburg

Amnesty Asylberatung

Bezirk Würzburg
Friedenstraße 3
97072 Würzburg
M. 0175-12 53 22 4 (Notfallnummer für Asylsuchende)
asylberatung@amnesty-wuerzburg.de
www.amnesty-wuerzburg.de

• Berlin

Amnesty International

Asylgruppe Berlin
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
T. 030-84 10 90 52
F. 030-84 10 90 55
info@amnesty.de
www.amnesty-asylgruppe-berlin.de/Main/Asylberatung

GLADT e.V.

Koloniestraße 116
13359 Berlin
T. 030-26 55 66 33
M. 0157-82 07 42 31
info@gladt.de
www.GLADT.de

Schwulenberatung Berlin

Anlaufstelle für LSBTI* Flüchtlinge/Not-und
Gemeinschaftsunterkunft für LSBTI* Flücht-
linge Berlin-Treptow
Wilhelmstraße 115
10963 Berlin
T. 030-44 66 88 0
refugees@schwulenberatungberlin.de
[www.schwulenberatungberlin.de/wir-helfen/
queere-fluechtlinge](http://www.schwulenberatungberlin.de/wir-helfen/queere-fluechtlinge)

LesMigraS

Kulmer Straße 20a
10783 Berlin
T. 030- 21 91 50 90
F. 030 -21 91 70 09
info@lesmigras.de
www.lesmigras.de

LSVD Berlin-Brandenburg e.V.

MILES – Zentrum für Migranten, Lesben und
Schwule
Kleiststraße 35
10787 Berlin
T. 030-22 50 22 15
miles@blsb.de
<https://berlin.lsvd.de/projekte/miles>

TransInterQueer e.V.

Glogauer Straße 19
10999 Berlin
T. 030-61 67 52 916
triq@transinterqueer.org
www.transinterqueer.org

• Land Brandenburg

LSVD Berlin-Brandenburg e.V.

MILES – Zentrum für Migranten, Lesben
und Schwule
Kleiststraße 35
10787 Berlin
T. 030-22 50 22 15
miles@blsb.de
<https://berlin.lsvd.de/projekte/miles>

Regionen und Kommunen in Brandenburg

Angermünde

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.
Regionalverband Nordbrandenburg
Dienststelle Angermünde
Berliner Straße 45
16278 Angermünde
T. 03331-26 96 25
F. 03331-26 96 22
www.johanniter.de/index.php?id=1843

Brandenburg a. d. H.

Diakonisches Werk Potsdam e.V.

Damaschkestraße 17
14770 Brandenburg a. d. H.
T. 03381-79 38 69 7
F. 03381-79 38 69 1
i.stiebitz@dwpotdam.de
[www.diakonisches-werk-potsdam.de/
beratungsfachdienst-f%C3%BCr-migrantinnen](http://www.diakonisches-werk-potsdam.de/beratungsfachdienst-f%C3%BCr-migrantinnen)

Cottbus

AIDS-Hilfe Lausitz e.V.

c/o Kulturzentrum Bunte Welt
Thierbacher Straße 21
03048 Cottbus
T. 0355-29 06 53 85
M. 0151-58 12 62 36
info@aidshilfe-lausitz.de
www.aidshilfe-lausitz.de

Rat & Tat – Zentrum Cottbus

Straße der Jugend 33, 7. Etage
03050 Cottbus
T. 0355-29 06 09 80
beratung@love-sex-safe.de
www.katte.eu

Frankfurt (Oder)

Caritashaus St. Josef

Leipziger Straße 39
15232 Frankfurt (Oder)
T. 0335-56 54 150
F. 0335-56 54 100
m.wojtas@caritas-brandenburg.de
www.caritas-brandenburg.de/90881.html

Potsdam

AIDS-Hilfe Potsdam e.V.

Kastanienallee 27
14471 Potsdam
T. 0331-95 13 085 1
F. 0331-95 13 085 2
msm@aidshilfe-potsdam.de
<https://www.aidshilfe-potsdam.de>

AndersARTig e.V.

Gutenbergstraße 63
14467 Potsdam
T. 0331-20 19 888
F. 0331-20 19 797
mail@andersartig.info
www.andersartig.info

Diakonisches Werk Potsdam e.V.

Beratungsfachdienst für MigrantInnen
Rudolf-Breitscheid-Straße 64 (Hinterhaus)
14482 Potsdam
T. 0331-20 07 79 41
F. 0331-20 08 38 2
fluechtlingsberatung@dwpotdam.de
www.diakonisches-werk-potsdam.de/
beratungsfachdienst-f%C3%BCr-migrantinnen

Rat & Tat – Zentrum Potsdam

Jägerallee 29
14469 Potsdam
T. 0331-23 70 09 70
beratung@love-sex-safe.de
www.katte.eu

• Bremen

Amnesty Asylberatung

Bezirk Bremen, Weser, Ems
Goetheplatz 4
28203 Bremen
info@amnesty-bremen.de
www.amnesty-bremen.de

RAT & TAT – Zentrum

Theodor-Körner-Straße 1
28203 Bremen
T. 0421-70 41 70
F. 0421-70 00 09
beratung@ratundtat-bremen.de
www.ratundtat-bremen.de

• Hamburg

LSVD Landesverband Hamburg

c/o Hein und Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
T. 040-28 05 09 83
F. 040-28 05 09 83
hamburg@lsvd.de
<http://hamburg.lsvd.de>

read – Beratung bei Diskriminierung wegen des Geschlechts, Geschlechteridentitäten, sexueller Orientierungen

Steindamm 11
20099 Hamburg
T. 040-39 84 26 71
T. 040-39 84 26 61
rainer.ulfers@basisundwoege.de
birte.weiss@basisundwoege.de

Lesbenverein Intervention e.V.

Glashüttenstraße 2
20357 Hamburg
T. 040-24 50 02
info@lesbenverein-intervention.de
www.intervention-hamburg.de

Magnus-Hirschfeld-Centrum e.V.

Borgweg 8
22303 Hamburg
T. 040-27 87 78 00
F. 040-27 87 78 02
info@mhc-hamburg.de
www.mhc-hamburg.de

Queeramnesty Hamburg

Amnesty International
Bezirk Hamburg
Eilbeker Weg 214
22089 Hamburg
T. 040-60 94 20 58
www.queeramnesty.hamburg/kontakt

• Hessen

Darmstadt

Diakonisches Werk Darmstadt-Dieburg

Zweifalltorweg 10
64293 Darmstadt
T. 06151-92 61 21
F. 06151-92 61 00
paraskevoidou@dw-darmstadt.de
www.dw-darmstadt.de

Vielbunt – queere Community Darmstadt e.V.

Holzstraße 5
64283 Darmstadt
info@vielbunt.org
www.vielbunt.org

Frankfurt (Main)

AIDS-Hilfe Frankfurt e.V.

AG36: Schwules Zentrum
Alte Gasse 36
60313 Frankfurt
T. 069-13 38 79 30
F. 069-28 44 01
norbert.draeger@frankfurt.aidshilfe.de
www.frankfurt-aidshilfe.de
www.ag36.de

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e.V.

Henschelstraße 11
60314 Frankfurt am Main
T. 069-29 89 010
F. 069-29 89 0110
www.awo-frankfurt.com/dienste-angebote/fluechtlinge.html

Amnesty Asylberatung

Bezirk Frankfurt
Leipziger Straße 17
60487 Frankfurt
T. 069-49 61 49
asyl@amnesty-frankfurt.de
www.amnesty-frankfurt.de

Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA)

LSBTIQ Koordinierungsstelle
Lange Straße 25-27
60311 Frankfurt am Main
T. 069-212 74529 bzw. 73145
F. 069-21 23 79 46
LSBTIQ@stadt-frankfurt.de
www.amka.de

Lesben Informations- und Beratungsstelle (LIBS) e.V.

Alte Gasse 38
60313 Frankfurt
T. 069-28 28 83
F. 069-21 99 97 16
info@libs.w4w.net

Fulda

AIDS-Hilfe Fulda e.V.

Friedrichstraße 4
36037 Fulda
T. 0661-77 0 11
F. 0661-24 10 11
info@aidshilfe-fulda.de
www.aids-hilfe-hessen.de/beratungszeiten-hessische-aids-hilfen.php

Gießen

Aidshilfe Gießen e.V.

Diezstraße 8
35390 Gießen
Deutschland
T. 0641-39 02 26
F. 0641-39 44 76
ah-gi@t-online.de
www.giessen.aidshilfe.de

Ev. Dekanat Gießen – Flüchtlingsberatung in der HEAE Gießen

Meisenbornweg 23
35398 Gießen
T. 0641-97 19 24 4
F. 0641-97 19 24 5
fluechtlingsberatung@ekhn-net.de
<http://regionale-diakonie.de/arbeitsfelder/flucht-interkulturelle-arbeit-migration/fluechtlingsarbeit.html>

Kassel

Diakonisches Werk Kassel

Hermannstraße 6
34117 Kassel
T. 0561-71 28 80
F. 0561-71 28 888
info@dw-kassel.de
www.dw-kassel.de/rat-und-hilfe-finden/fluechtlingsberatung

Wiesbaden

AIDS-Hilfe Wiesbaden e.V.

Karl-Glässing-Straße 5
65183 Wiesbaden
T. 0611-30 24 36
F. 0611-37 72 13
AHWiesbaden@t-online.de
www.aidshilfe-wiesbaden.de/impressum.php

• Mecklenburg-Vorpommern

Neubrandenburg

genres-Gesellschaft für nachhaltige Regionalentwicklung und Strukturfor-

schung
Helmut-Just-Straße 4
17036 Neubrandenburg
T. 0395-57 07 22 0
F. 0395-57 07 22 5
info@genres-online.de
www.genres-online.de

Initiative Rosa-Lila

Beratungsstelle
Lindenstraße 63
17033 Neubrandenburg
T. / F. 0395-54 42 07 7
post@rosalila.de
www.rosalila.de

Rostock

Aids-Hilfe und Beratung Rostock

Centrum für Sexuelle Gesundheit Rostock
Wokreuter Straße 28
18055 Rostock
T. 0381-128 50 23
M. 0176-37 72 4 81 9
F. 0381-12 85 02 4
info@csg-rostock.de
www.csg-rostock.de

Migra e.V.

Waldemarstraße 32
18057 Rostock
T. 0381-44 43 11 60
info@migra-mv.de
www.migra-mv.de

rat+tat e.V. Rostock

Leonhardstraße 20
18057 Rostock
T. 0381-45 31 56
F. 0381-45 31 61
post@ratundtat-rostock.de
www.ratundtat-rostock.de

Schwerin

LSVD Mecklenburg-Vorpommern

Gaymeinsam e.V.
Lübecker Straße 43
19053 Schwerin
T. 0385-55 75 54
F. 0385-557554
info@gaymeinsam-mv.de

VSP | Verbund für Soziale Projekte e.V.

Mecklenburg-Vorpommern
Lübecker Straße 41
19053 Schwerin
T. 0385-51 19 62 11
F. 0385-51 19 62 22
info.vorstand@vsp-mv.de
www.vsp-mv.de

Wismar

Landkreis Nordwestmecklenburg
Fachdienst Soziales
Leitender Dipl. Soz. Päd. Roy Rietentidt
Asyl dezentral
Dr.-Leber-Straße 2a
23966 Wismar
T. 0151-64618780
info@gaymeinsam-MV.de

• Land Niedersachsen

LSVD Niedersachsen-Bremen e.V.
Postfach 32 32
49022 Osnabrück
T. 0541-59 79 25 18
F. 0541-59 79 25 19
nds-bremen@lsvd.de
<http://nds-bremen.lsvd.de>

Regionen und Kommunen in Niedersachsen

Aurich

DRK Aurich
Migrationsarbeit
Schmiedestraße 13
26603 Aurich
T. 04941-10 53 5
T. 04941-60 48 88
T. 04941-60 48 89
F. 04941-933523
migrationsarbeit@drk-kv-aurich.de
<http://drk-kv-aurich.de/14.html>

Braunschweig

Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V.
Eulenstraße 5
38114 Braunschweig
T. 0531-58 00 30
F. 0531-58 00 33 0
info@braunschweig.aidshilfe.de
www.braunschweig.aidshilfe.de

Refugium Flüchtlingshilfe e.V.

Steinweg 5
38100 Braunschweig
T. 0531-24 09 8 00
F. 0531-77 06 3
info@refugium-braunschweig.de
www.refugium-braunschweig.de

Verein für sexuelle Emanzipation e.V.

Echternstraße 9
38100 Braunschweig
T. 0531-61 51 57 57
info@vsebs.de
www.onkel-emma.org

Celle

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Celle e.V.

AWO- Service- Center Celle/Integrations-
beratung
Heese 18
29225 Celle
T. 05141-90 27 10
F. 05141-90 27 17
AWO-Celle@t-online.de
www.awo-celle.de

Hannover

Amnesty International,
Bezirk Hannover
Asylberatung
Fraunhoferstraße 15
30163 Hannover
T. 0511-66 72 63
asyl@amnesty-hannover.de
<http://amnesty-hannover.de>

Kargah e.V.

Flüchtlingsbüro
Zur Bettfedernfabrik 1
30451 Hannover
T. 0511-12 60 78 0
F. 0511-12 60 78 22
suana@kargah.de
info@kargah.de
www.kargah.de

Landeshauptstadt Hannover

Fachbereich Personal und Organisation
Beauftragte für sexuelle und geschlechtliche
Vielfalt

Trammplatz 2

30159 Hannover

T. 0511-16 84 10 80

T. 0511-16 84 19 15

18.LS@hannover-stadt.de

www.hannover.de/Media/02-GIS-Objekte/Organisationsdatenbank/Landeshauptstadt-Hannover/Soziales/Beauftragte-f%C3%B-Cr-sexuelle-und-geschlechtliche-Vielfalt

Goslar

Aidshilfe Goslar e.V.

Kniggenstraße 4

38640 Goslar

T. 05321-42 55 1

aidshilfe.goslar@t-online.de

www.aidshilfe-goslar.de

Göttingen

AIDS-Hilfe Göttingen

Obere Karspüle 14

37073 Göttingen

T. 0551-43 73 5

F. 0551-41 02 7

info@goettingen.aidshilfe.de

www.goettingen.aidshilfe.de

Amnesty Asylberatung

Bezirk Kassel-Göttingen

Weenderstraße 42

37073 Göttingen

aigoe1121@gmail.com

www.amnesty-goettingen.de

Lüneburg

AIDS-Hilfe Lüneburg

c/o Diakonieverband

Heiligengeiststraße 31

21355 Lüneburg

T. 04131-99 75 35 6

M. 0151-26 33 45 72

beratung@lueneburg.aidshilfe.de

www.lueneburg.aidshilfe.de

Oldenburg

AIDS-Hilfe Oldenburg e.V.

Bahnhofstraße 23

26122 Oldenburg

T. 0441-14 50 0

F. 0441-14 22 2

info@aidshilfe-oldenburg.de

www.aidshilfe-oldenburg.de

IBIS e.V.

Klävemannstraße 16

26122 Oldenburg

T. 0441-88 40 16

F. 0441-98 49 60 6

info@ibis-ev.de

www.ibis-ev.de

Osnabrück

Exil e.V. – Osnabrücker Zentrum für Flüchtlinge

im Kulturzentrum Lagerhalle

Rolandsmauer 26

49074 Osnabrück

T. 0541-76 02 44 8

kontakt@exilverein.de

<http://exilverein.de>

Schortens

Intersexuelle Menschen e.V.

c/o Lucie Veith

Kastanienstraße 3

26419 Schortens OT Graftschaft

T. 04423-70 84 53 3

vorstand@intersexuelle-menschen.net

www.im-ev.de

• Land Nordrhein-Westfalen

Lesben- und Schwulenverband (LSVD)

Bundesgeschäftsstelle und LSVD NRW

Hülchrather Straße 4

50670 Köln

T. 0221-92 59 61-0

F. 0221-92 59 61-11

nrw@lsvd.de (Landesverband)

lsvd@lsvd.de (Bundesverband)

www.nrw.lsvd.de

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Lesben in NRW e.V.

Sonnenstraße 10
40227 Düsseldorf
T. 0211-69 10 530
F. 0211-69 10 531
info@lesben-nrw.de
www.lesben-nrw.de

Schwules Netzwerk NRW

Lindenstraße 20
50674 Köln
T. 0221-257 28 47
F. 0221-257-28 48
info@schwules-netzwerk.de
www.schwules-netzwerk.de

Regionen und Kommunen in Nordrhein-Westfalen

Aachen

Amnesty Asylberatung

Bezirk Aachen
Adalbertsteinweg 123a/b
52070 Aachen
www.amnesty-aachen.de

Rainbow e. V.

Jakobstraße 161
52064 Aachen
T. 0241-40 19 70 0
F. 0241-34 63 8
info@rainbow-aachen.de
www.rainbow-aachen.de

Ahaus

Aids-Hilfe Westmünsterland e.V.

Marktstraße 16
48683 Ahaus
T. 02561-97 17 37
M. 01520-46 82 38 2
F. 02561-96 20 11
info@westmuensterland.aidshilfe.de
www.aidshilfe-westmuensterland.de

Bielefeld

Arbeitskreis Asyl Bielefeld e.V.

Friedenstraße 4-8
33602 Bielefeld
T. 0521-787152-40
F. 0521-787152-93
info@ak-asyl.info

Amnesty International Ostwestfalen-Lippe

Jölllenbecker Straße 103
33613 Bielefeld
T. 0521-9679-440
F. 0251-9679-441
bezirk@amnesty-owl.de
www.amnesty-owl.de

Bochum

Rosa Strippe – Bochum

Kortumstraße 143
44787 Bochum
T. 0234-640 46 21
F. 0234-516 57 67
info@rosastrippe.de
www.rosastrippe.de

Bonn

Amnesty Asylberatung

Bezirk Bonn/Koblenz
Heerstraße 30
53111 Bonn
mail@amnesty-bonn.de
www.amnesty-bonn.de

GAP in Bonn

Jugendtreff und Beratungsstelle für schwul-lesbisch-bi-und trans* Jugendliche
Obere Wilhelmstraße 29
53225 Bonn
T. 0228-949 09 77
info@gap-in-bonn.de
<http://gap-in-bonn.de>

Dinslaken

together Jugendgruppe

c/o „Altes Hexenhaus“
Brückstraße 11
46535 Dinslaken
dinslaken@together-virtuell.de
<http://together-virtuell.de/220-treffpunkte.html>

Dortmund

Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule & Transidente

Friedensplatz 5
44122 Dortmund
T. 0231-50-27559
shildebrandt@stadtdo.de
www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/schwulelesben/start_sl/index.html

Diakonisches Werk Dortmund

Glückaufsegenstraße 60 - Haus 12
44265 Dortmund
T. 0231-4442406
F. 0231-4754620

Amnesty Asylberatung

Bezirk Dortmund
Siegfriedstraße 12
44137 Dortmund
info@ai-dortmund.de
www.ai-dortmund.de

LEBEDO

Beratungsstelle für lesbische und bisexuelle
Frauen sowie transidente Menschen und ihre
Angehörigen
Goethestraße 66
44147 Dortmund
T. 0231-98 22 14 40
info@lebedo.de
www.lebedo.de

Duisburg

Stadt Duisburg

Referat für Gleichberechtigung und
Chancengleichheit
Schwerpunktbereich: Vielfältige Lebensformen
Joachim Müller
T. 0203-283 69 83
F. 0203-283 39 64
jo.mueller@stadt-duisburg.de
vielfaeltige-lebensformen@stadt-duisburg.de

Düsseldorf

Amnesty Asylberatung

Bezirk Düsseldorf
Neusser Straße 86
40219 Düsseldorf
T. 0211-4792688
www.amnesty-duesseldorf.de

You're Welcome – Mashallah

Landeskoordination Düsseldorf
AIDS-Hilfe Düsseldorf e.V.
Johannes-Weyer-Straße 1
40225 Düsseldorf
T. 0211-77 09 5 31
marco.grober@duesseldorf.aidshilfe.de
www.duesseldorf.aidshilfe.de

Schwulenberatung Düsseldorf e.V.

Postfach 130745
40557 Düsseldorf
T. 0211-49 53 45 3
info@schwulenberatung-duesseldorf.de

Frauenberatungsstelle Düsseldorf e.V.

Projekt „Lesben beraten Lesben“
Talstraße 22-24
40217 Düsseldorf-Friedrichstadt
T. 0211-68 68 54
F. 0211-67 61 61
info@frauenberatungsstelle.de
www.frauenberatungsstelle.de

Flüchtlinge Willkommen in Düsseldorf

Andreas Vollmert und Birgit Keßel
Heinz-Schmöle-Straße 7
40227 Düsseldorf
M. 0157-83 51 75 20
M. 0157-53 62 59 75
welcome@fluechtlinge-willkommen-in-duesseldorf.de
www.fluechtlinge-willkommen-in-duesseldorf.de

Essen

Stadt Essen

Koordinierungsstelle Gleichgeschlechtliche Lebensweisen
Steubenstraße 53
45138 Essen
Herr Klink, T. 0201-88 50270
ludger.klink@sozialamt.essen.de
Frau Hoffmann, T. 0201-88 50273
ursula.hoffmann@sozialamt.essen.de

AIDS-Hilfe Essen e.V.

Varnhorststraße 17
45127 Essen
T. 0201-105 37-00
F. 0201-105 37-29
info@aidshilfe-essen.de
Gruppe „Mashallah!“ – schwule Männer mit Migrationshintergrund
Gruppe „Nekabene“ – Menschen aus der Subsahara

Lebenslust- Beratungsteam & together Jugendzentrum

Kleine Stoppenberger Straße 13 - 15
45141 Essen
T. 0208-41 25 92 1
essen@together-virtuell.de
www.together-virtuell.de/210-treffpunkte.html

Gelsenkirchen

together gelsenkirchen

Treffpunkt für lesbische, schwule und bisexuelle junge Menschen
Wildenbruchstraße 13
45888 Gelsenkirchen
T. 0209-12 09 36 8
gelsenkirchen@together-virtuell.de
www.together-virtuell.de

Hamm

AIDS-Hilfe Hamm

Chemnitzer Straße 41
59067 Hamm
T. 02381-5575
F. 02381-5576
peter.vaske@aidshilfe-hamm.de

Kleve

Lebenslust- Beratungsteam & together Jugendgruppe

c/o Radhaus
Sommerdeich 37
47533 Kleve
kleve@together-virtuell.de
<http://together-virtuell.de/220-treffpunkte.html>

Integrationsrat der Stadt Kleve

T. 02821-7115951
kleverland@gmx.de

Köln

Integrationsagentur im rubicon. e.V.

Rubensstraße 8-10
50676 Köln
T. 0221-27 66 99 93 3
Gema.rodriquez.diaz@rubicon-koeln.de
www.rubicon-koeln.de

Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin
Diversity
Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender
Kleine Sandkaul 5
50667 Köln
T. 0221-22 12 10 87
F. 0221-22 12 91 66
LST@stadt-koeln.de
www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/soziales/lesben-schwule-transgender

Baraka – a place for international lesbians, gays & friends

Rubicon e. V.
Rubensstraße 8-10
50676 Köln
T. 0221-2766999-33
www.rubicon-koeln.de und
www.baraka-online.info

Queeramnesty

Bezirksgruppe Köln
koeln@queeramnesty.de

Kölner Appell gegen Rassismus e.V.

Venloer Straße 429
50825 Köln
T. 0221-9521199
F. 0221-9521197
koelner.appell@t-online.de
<http://neu.koelnerappell.de/projekte/fluechtlingshilfe>

Allerweltshaus e.V.

Migrations- und Sozialberatung
Körnerstraße 77-79
50823 Köln
T. 0221-510 30 02
F. 0221-589 14 80
beratung@allerweltshaus.de
www.allerweltshaus.de

Agisra e.V.

Informations- und Beratungsstelle für Migran-
tinnen und Flüchtlingsfrauen
Martinstraße 20a
50667 Köln
T 0221-124019 und 0221-1390392
F. 0221-9727492
info@agisra.org
www.agisra.de

Amnesty Asylberatung

Bezirk Köln
Domstraße 56
50668 Köln
info@amnesty-koeln.de
www.amnesty-koeln.de

Krefeld

Lebenslust – Beratungsteam & together Jugendzentrum

Neue Linner Straße 61- 63
47799 Krefeld
krefeld@together-virtuell.de
<http://together-virtuell.de/220-treffpunkte.html>

Mülheim an der Ruhr

SVLS e.V .

Friedrichstraße 20
45468 Mülheim an der Ruhr
T. 0208-41 25 921
F. 0208-41 25 587
torsten.schrodt@together-virtuell.de
www.svls.de/info@svls.de

together Jugendtreff

Teinerstraße 26
45468 Mülheim an der Ruhr
T. 0208-41 25 92 1
muelheim@together-virtuell.de
www.together-virtuell.de

Münster

GGUA Flüchtlingshilfe

Hafenstraße 3-5
48153 Münster
T. 0251-144 860
F. 0251-144 8610
info@ggua.de
www.ggua.de

Amnesty Asylberatung

Bezirk Münster-Osnabrück
Achtermannstraße 10-12
48143 Münster
bezirk@amnesty-muenster-osnabrueck.de
www.amnesty-muenster-osnabrueck.de

Fachstelle für Sexualität und Gesundheit Aids-Hilfe Münster e.V.

Abt. Sexualpädagogik, Prävention,
Beratung für Lesben und Regenbogenfamilien
Schaumburgstraße 11
48145 Münster
0251-60960-150
papenkort@aidshilfe.org
www.aidshilfe.org

Siegen

andersROOM Zentrum für Lesben, Schwule und Transgender

Freudenberger Straße 67

57072 Siegen

T. 0271-19446

diversity@andersroom.de

www.andersroom.de

Wesseling

Aktionsbündnis muslimischer Frauen e. V.

Rabenweg 2

50389 Wesseling

T. 02236-94 86 33

F. 02236-94 85 65

info@muslimische-frauen.de

www.muslimische-frauen.de

Wuppertal

AIDS-Hilfe Wuppertal e.V.

Simonsstraße 36

42117 Wuppertal

T. 0202-45 00 03

F. 0202-45 25 70

aidshilfe@wtal.de

• Land Rheinland-Pfalz

LSVD Rheinland-Pfalz e.V.

c/o Bar jeder Sicht

Hintere Bleiche 29

55116 Mainz

rlp@lsvd.de

<http://rlp.lsvd.de/>

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.

Hintere Bleiche 29

55116 Mainz

kontakt@queernet-rlp.de

<http://www.queernet-rlp.de>

Regionen und Kommunen in Rheinland-Pfalz

Kaiserslautern

AIDS-Hilfe Kaiserslautern e.V.

Pariser Straße 23

(Eingang Bleichstraße, im Pariser Hof)

67655 Kaiserslautern

T. 0631-18 09 9

F. 0631-10 81 2

info@kaiserslautern.aidshilfe.de

www.aidshilfe-rlp.de/kaiserslautern

Caritas Zentrum Kaiserslautern

Fachdienst für Migration und Integration

Engelgasse 1

67657 Kaiserslautern

T. 0631-36 12 00

F. 0631-36 12 02 61

gisela.fixemer-reiland@caritas-speyer.de

www.caritas.de/adressen/caritas-zentrum-kaiserslautern/fachdienst-fuer-migration-und-integration/67657-kaiserslautern/99977

Koblenz

Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenkreises Koblenz Interkulturelle Dienste

Bodelschwinghstraße 36f

56070 Koblenz

T. 0261-98 85 70 11 2

T. 0261-98 85 70 10

F. 0261-98 85 70 13 1

dw-ikd@kirchenkreis-koblenz.de

www.diakonie-ko.de

RAT & TAT Koblenz e.V.

für das nördliche Rheinland-Pfalz

Moselweißer Straße 65

56073 Koblenz

T. 0261-16699

F. 0261-39499108

www.koblenz.aidshilfe.de

info@ratundtat-koblenz.de

Schwule Jugendgruppe Koblenz (SJK) e.V.

Rizzastraße 14

56068 Koblenz

T. 0261-45 09 32 07

sjk@schwulejugend.de

www.schwulejugend.de

queer – mittelrhein gem. e.V.

c/o RAT & TAT Koblenz e.V.
Moselweißer Straße 65
56073 Koblenz
T. 0261-94 22 19 1
M. 0176-96 34 01 91
F. 0261-13 49 03 89
info@queer-mittelrhein.de
www.queer-mittelrhein.de

Landau**Aids-, Drogen- und Jugendhilfe Landau**

Weißburger Straße 2b
76829 Landau
T. 06341-88 68 8
F. 06341-84 38 6
info@aids-drogen-jugendhilfe.de
www.aidshilfe-rlp.de/landau

Café Asyl

Haus Südsterne
Weißburger Straße 30
76829 Landau
cafeasyl.landau@gmail.com
www.cafeasyl-landau.de

Ludwigshafen**AWO-Stadtkreisverband Ludwigshafen am Rhein e.V.**

Maxstraße 65
67059 Ludwigshafen
T. 0621-51 80 14
F. 0621-52 92 15 6
gaertner@awo-lu.de
www.awo-lu.de

Mainz**Aids-Hilfe Mainz e.V.**

Mönchstraße 17
55130 Mainz
T. 06131-22 22 75
F. 06131-23 38 74
kontakt@aidshilfemainz.de
www.aidshilfemainz.de

Amnesty International

Asylberatung
Bezirk Mainz/Wiesbaden
Kaiserstraße 26-30
55116 Mainz
T. 06131-61 18 20
F. 06131-61 18 20
info@amnesty-mainz.de
www.amnesty-mainz.de

Antidiskriminierungsstelle des Landes Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
T. 06131-16 56 05
T. 06131-16 56 06
antidiskriminierungsstelle@mifkjf.rlp.de

Frauenzentrum Mainz e.V.

Feministisches Zentrum für Beratung,
Kommunikation, Bildung und Kultur
Kaiserstraße 59-61
55116 Mainz
T. 06131-22 12 63
F. 06131-22 92 22
fz@frauenzentrum-mainz.de
www.frauenzentrum-mainz.de

Kultur- und Kommunikationszentrum für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Intersexuelle

LBSK e.V.
Hintere Bleiche 29
55116 Mainz
M. 0174-49 85 28 6
beratung@sichtbar-mainz.de
www.sichtbar-mainz.de

Trier**Multikulturelles Zentrum Trier e.V.**

Balduinstraße 6
54290 Trier
T. 0651-48 49 7
F. 0651-99 43 61 7
buero@multicultural-center.de
www.multicultural-center.de

SCHMIT-Z e.V.
Mustorstraße 4
54290 Trier
T. 0651-42 51 4
T. 0651-97 90 99 0
info@schmit-z.de
www.schmit-z.de

• Saarland

LGBTI Refugees Network
Netzwerk für LGBTI Flüchtlinge im Saarland
Hardy Johann & Florian Sand
Goethestraße 1
66121 Saarbrücken
T. 01525-85 59 377
lgbtirefugeessaar@gmail.com

LSVD Saar
Mainzer Straße 44
66121 Saarbrücken
T. 0681-39 88 33
F. 0681-39 88 66
info@checkpoint-sb.de
<https://saar.lsvd.de>

Lebach

Diakonisches Werk an der Saar
Flüchtlingsarbeit Landesaufnahmestelle Lebach
Maike Lüdeke-Braun
Pommernstraße 6
66822 Lebach
T. 06881-47 83
F. 06881-53 01 7
fluechtlingsarbeit@dwsaar.de
www.diakonisches-werk-saar.de/index.php?content_id=269&parent_id=268

Merzig

Caritasverband Saar-Hochwald e.V.
Torstraße 24
T. 06861-91 20 70
66663 Merzig
info@caritas-saarlouis.de
www.caritas-saarlouis.de

Saarbrücken

Aids-Hilfe Saar e.V.
Beratungs- und Geschäftsstelle
Nauwieserstraße 19
66111 Saarbrücken
T. 0681-31 11 2
T. 0681-19 41 1
info@aidshilfesaar.de
www.aidshilfesaar.de

LSVD Saar
Gruppe für Homosexuelle mit Migrationshintergrund „strangers are friends“
Mainzer Straße 44
66121 Saarbrücken
T. 0681-39 88 33
info@checkpoint-sb.de
www.saar.lsvd.de

Saarlouis

Caritasverband Saar-Hochwald e.V.
Lisdorfer Straße 13
66740 Saarlouis
T. 06831-93 99 0
info@caritas-saarlouis.de
www.caritas-saarlouis.de

• Land Sachsen

CSD Dresden e.V.
Kordinierungsstelle für LSBT-Flüchtlinge in Sachsen
Zwickauer Straße 8
01069 Dresden
T. 0351-47 59 68 99
M. 0151-11 12 72 53
F. 03222-17 61 009
refugees@csd-dresden.de
www.csd-dresden.de

Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD)
Landesverband Sachsen
Tom Haus
Postfach 01 76
09001 Chemnitz
M. 0172-36 16 94 8
sachsen@lsvd.de
www.sachsen.lsvd.de

Regionen und Kommunen in Sachsen

Chemnitz

Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD)

Landesverband Sachsen

Tom Haus

Postfach 01 76

09001 Chemnitz

M. 0172-36 16 94 8

sachsen@lsvd.de
www.sachsen.lsvd.de

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.

Henriettenstraße 5

09112 Chemnitz

T. 0371-90 31 33

F. 0371-35 52 10 5

asyl@saechsischer-fluechtlingsrat.de

<http://saechsischer-fluechtlingsrat.de>

Volkssolidarität

Stadtverband Chemnitz

Clausstraße 31

09126 Chemnitz

T. 0371-53 85 10 0

F. 0371-53 85 11 1

chemnitz@volkssolidaritaet.de

www.vs-chemnitz.de

Dresden

Ausländerrat Dresden e.V.

Geschäftsstelle

Internationales Begegnungszentrum

Heinrich-Zille-Straße 6

01219 Dresden

T. 0351-43 63 70

F. 0351-43 63 73 2

info@auslaenderrat.de

www.auslaenderrat-dresden.de

AWO Asylberatung und -betreuung

Herzberger Straße 14

01239 Dresden

T. 0351-26 06 80 27

asyl@awo-sonnenstein.de

www.awo-in-sachsen.de/

asylsuchende.183.php

Gerede – homo, bi und trans e.V.

Prießnitzstraße 18

01099 Dresden

T. 0351-80 222 51

kontakt@gerede-dresden.de

www.gerede-dresden.de

Leipzig

Antidiskriminierungsbüro e.V.

Kochstraße 14

04275 Leipzig

T. 0341-30 39 492

F. 0341-30 39 971

beratung@adb-sachsen.de

Flüchtlingsrat Leipzig e.V.

Sternwartenstraße 4

04103 Leipzig

T. 0341-962 755 80

info@fluechtlingsrat-lpz.org

www.fluechtlingsrat-lpz.org

Refugee Law Clinic

Burgstraße 27

04109 Leipzig

refugeelawclinic@uni-leipzig.de

RosaLinde Leipzig e.V.

Lange Straße 11

04103 Leipzig

T. 0341-87 96 98 2

T. 0341-87 90 17 3

kontakt@rosalinde-leipzig.de

www.rosalinde-leipzig.de

Plauen

Diakonisches Werk – Stadtmission Plauen e.V.

Friedensstraße 24

08523 Plauen

T. 03741-15 39 0

F. 03741 153929

info@diakonie-plauen.de

www.diakonie-plauen.de

Pirna

AWO Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer

Maxim-Gorki-Straße 15
01796 Pirna
T. 03501-52 81 75
F. 03501-44 34 25
migration@awo-sonnenstein.de
www.awo-in-sachsen.de/migranten,44.php

CSD Pirna e.V.

Postfach 100205
01782 Pirna
M. 0162-43 01 20 9
info@csd-pirna.de

• Land Sachsen-Anhalt

Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD)

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
Schäfferstraße 16
39112 Magdeburg
sachsen-anhalt@lsvd.de
www.sachsen-anhalt.lsvd.de

Regionen und Kommunen in Sachsen-Anhalt

Halberstadt

AIDS-Hilfe Sachsen-Anhalt Nord e.V.
Magdeburger Straße 15
38820 Halberstadt
T. 03941-60 16 66
F. 03941-53 57 69 20
info@aidshilfesachsenanhaltnord.de
www.aidshilfesachsenanhaltnord.de

Halle

Begegnungs- und Beratungs-Zentrum „Lebensart“ e.V.

Fachzentrum für geschlechtlich-sexuelle Identität
Beesener Straße 6
06110 Halle (Saale)
T. 0345-20 23 38 5
F. 0345-68 23 59 87
bbz@bbz-lebensart.de

Dornrosa e.V.

Frauenzentrum Weiberwirtschaft
Karl-Liebknecht-Straße 34
06114 Halle (Saale)
T. 0345-2024331
fzweiberwirtschaft@arcor.de
www.weiberwirtschaft-halle.de

Magdeburg

AIDS-Hilfe Sachsen-Anhalt Nord e.V.

Am Polderdeich 57
39124 Magdeburg
T. 0391-53 57 69 0
F. 0391-53 57 69 20
info@aidshilfesachsenanhaltnord.de
www.aidshilfesachsenanhaltnord.de

CSD Magdeburg e.V.

Schäfferstraße 16
39112 Magdeburg
www.csdmagdeburg.de
info@csdmagdeburg.de

Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD)

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
Schäfferstraße 16
39112 Magdeburg
sachsen-anhalt@lsvd.de
www.sachsen-anhalt.lsvd.de

• Schleswig-Holstein

Flensburg

AWO Landesverband SH e.V.

IntegrationsCenter Flensburg
Schlossstraße 4
24939 Flensburg
T. 0461-24 74 3
F. 0461-18 15 59
selina.hossain@awo-sh.de
www.awo-sh.de

Heide

Frauen helfen Frauen e.V.

Notruf und Beratung für Frauen
in Dithmarschen
Postelweg 4
25746 Heide
T. 0481-64 15 9
info@frauenberatung-dithmarschen.de
www.frauenberatung-dithmarschen.de

Kiel

Antidiskriminierungsstelle Schleswig-Holstein

Karolinenweg 1
24105 Kiel
T. 0431-98 81 24 0
F. 0431-98 81 23 9
antidiskriminierungsstelle@landtag.ltsh.de

Asylgruppe Amnesty International

Bezirk Kiel-Flensburg
Bremer Straße 2
24118 Kiel
M. 0157-53387958
asyl@amnesty-Kiel.de

Psychosoziale Frauenberatungsstelle

donna klara
Goethestraße 9
24116 Kiel
T. 0431-55 79 34 4
F. 0431-55 79 98 3
psychosozial@donna-klara.de
www.donna-klara.de

HAKI e.V.

lesbisch-schwule Emanzipationsarbeit in
Schleswig-Holstein
Westring 278
24116 Kiel
T. 0431-17 09 0
T. 0413-19 44 6
post@haki-sh.de
www.haki-sh.de

Lübeck

Jugendnetzwerk lambda::nord e.V.

Mengstraße 43
23552 Lübeck
T. 0451-70 75 58 8
F. 0451-70 75 58 7
info@lambda-nord.de
www.lambda-nord.de

Lübecker Flüchtlingsforum e.V.

Hüxstraße 79-83
23552 Lübeck
T. 0451-70 72 29 9
F. 0451-61 30 54 8
fluefo.luebeck@t-online.de

Lübecker AIDS-Hilfe e. V.

Im Ebeling-Haus
Engelsgrube 16
23552 Lübeck
T. 0451-72 55 1
T. 0451-70 41 33
F. 0451-70 70 21 8
info@luebecker-aids-hilfe.de
www.luebecker-aids-hilfe.de

Lübecker CSD e.V.

Hartengrube 25-27
23552 Lübeck
T. 0451-38 94 16 7
F. 0451-38 94 18 7
info@luebeck-pride.de
www.luebeck-pride.de

Jugendnetzwerk lambda::nord e.V.

Informations- und Beratungsstelle NaSowas
Mengstraße 43
23552 Lübeck
T. 0451-70 75 58 8
F. 0451-70 75 58 7
nasowas@lambda-online.de
www.nasowas.org

Tara – internationales Mädchen- und Frauenprojekt e.V.

Hüxstraße 83-85
23552 Lübeck
T. 0451-70 55 76
tara@koiplanet.de

Neumünster

AIDS-Hilfe Neumünster

Großflecken 50 (Hinterhaus, im „Connect“)
24534 Neumünster
T. 04321-66 8 66
T. 04321-26 04 33
F. 04321-26 04 34
info@aidshilfe-neumuenster.de
www.aidshilfe-neumuenster.de

Niebüll

Frauenberatung und Notruf Nordfriesland

Beratungsstelle Niebüll
Friedrich-Paulsen-Straße 6a
25899 Niebüll
T. 04661-94 26 88
niebuell@frauennotruf-nf.de
www.frauennotruf-nf.de

Norderstedt

Frauenberatungsstelle und Notruf Norderstedt

Kielortring 51
22850 Norderstedt
T. 040-52 96 95 8
F. 040-52 98 55 65
info@frauenberatungsstelle-norderstedt.de
www.frauenberatungsstelle-norderstedt.de

Rendsburg

Diakonieverein Migration

Beratung für MigrantInnen
Prinzenstraße 13
24768 Rendsburg
T. 04331-69 63 40
T. 04331-69 63 41
F. 04331-69 63 49
info@migration-rendsbuerg.de

Schleswig

Saheli – Internationale Frauenwerkstatt

Bahnhofstraße 23
24837 Schleswig
T. 04621-32 71 8
F. 04621-54 90 9 9
sahelifreundin@gmx.de

Wirtschaftszentrum Handwerk Plus

Migrationssozialberatung
Flensburger Straße 7
24837 Schleswig
T. 04621-87231
M. 0175-4111915
F. 04621-87569
pallei@whp-schleswig.de

• Land Thüringen

LSVD Thüringen e.V.

Erfurt
M. 0179-90 51 45 0
vorstand@lsvd-thueringen.de
www.lsvd-thueringen.de

Regionen und Kommunen in Thüringen

Eisenach

Caritas Eisenach

Alexanderstraße 45
99817 Eisenach
T. 03691-20 48 90
F. 03691-20 48 90
schmidt.m@caritas-bistum-erfurt.de
www.dicverfurt.caritas.de/61294.html

Netzwerk Frauen und Arbeit e.V.

Rot-Kreuz-Weg 1
99817 Eisenach
T. 03691-74 22 62
frauenzentrum-esa@web.de
www.frauenzentrum-eisenach.de

Erfurt

AIDS-Hilfe Thüringen

Liebknechtstraße 8
99085 Erfurt
T. 0361-73 12 23 3
vorstand@erfurt.aidshilfe.de
www.erfurt.aidshilfe.de

Brennessel e.V.

Zentrum gegen Gewalt an Frauen
Regierungsstraße 28
99084 Erfurt
T. 0361-56 56 510
F. 0361-56 56 511
brennessel.erfurt@t-online.de
www.frauenzentrum-brennessel.de

LSVD Thüringen e.V.

Erfurt

M. 0179-90 51 45 0

vorstand@lsvd-thueringen.de

www.lsvd-thueringen.de

Stadt Erfurt

Migrations- und Integrationsbeauftragte

Benediktsplatz 1

99084 Erfurt

T. 0361-65 51 04 4

F. 0361-65 56 72 2

Migrations-Integrationsbeauftragte@erfurt.de

Streetworker-Kontaktstelle Süd

Clara-Zetkin-Straße 58

99099 Erfurt

T. 0361-55 08 62 1

M. 0163-39 03 91 6

d.heinecke@erfurt.aidshilfe.de

Amt für Soziales und Gesundheit

Juri-Gagarin-Ring 150

99084 Erfurt

T. 0361-65 56 10 1

F. 0361-65 56 10 9

Soziales-Gesundheit@erfurt.de

Gera

DO Diakonie Ostthüringen

Bereich Migration

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer/Flüchtlingssozialarbeit

Talstraße 30

07545 Gera

T. 0365-77 36 71 60

dittrich@do-diakonie.de

www.do-diakonie.de/themenleiste-migration-fluechtlingshilfe.html

Frauenhaus Gera

Lieberare e.V.

PSF 1549

07505 Gera

T. 0365-20 05 49

Notruf: 0365-51 39 0

Hilfe-fuer-Frauen-in-Not-Gera@web.de

www.frauenhaus-gera.de

Gotha

Gleichstellungsbeauftragte

Stadtverwaltung Gotha

Innungshalle

Hauptmarkt 3

99867 Gotha

T. 03621-22 22 29

F. 03621-22 22 09

gleichstellung@gotha.de

www.gotha.de/rathaus-politik/stadtverwaltung/dezernat-i-oberbuergermeister/haupt-u-personalamt/gleichstellungsbeauftragte.html

Verein L'amitié e.V.

Multikulturelles Zentrum Stadt und Landkreis

Gotha MBE Beratungsstelle Flüchtlingsberatung

Humboldtstraße 95

99867 Gotha

T. 03621-29 34 0

T. 03621-70 72 78

F. 03621-70 72 73

lamitie@gmx.de

www.lamitie-gotha.de

Jena

AIDS-Hilfe Ostthüringen

Schillergässchen 5

07745 Jena

T. 03641-61 89 98

info@jena.aidshilfe.de

www.weimar.aidshilfe.de

Frauenzentrum „Towanda“ e.V.

Wagnergasse 25

07743 Jena

T. 03641-44 39 68

towanda_jena@web.de

www.frauenzentrum-jena.de

REFUGIO Thüringen

Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge

Wagnergasse 25

07743 Jena

T. 03641-22 62 81

F. 03641-23 81 98

refugio-thr@web.de

www.refugio-thueringen.de



Suhl

Beratungsstelle für Ausländer und Asyl-suchende im Evangelischen Kirchenkreis Henneberger Land

Migrationserstberatung, Beratungsstelle für Erstberatung Thüringer Flüchtlingssozialarbeit (EFF-Projekte)

Kirchgasse 10

98527 Suhl

T. 03681-30 81 93

F. 03681-30 81 95

cabanasuhl@hotmail.de

www.henneberger-land.de/html/dia_u_soiz/Migranten.html

Weimar

AIDS-Hilfe Weimar

Erfurter Straße 17

99423 Weimar

T. 03643-85 35 35

F. 03643-85 36 36

info@weimar.aidshilfe.de

www.weimar.aidshilfe.de

Frauenzentrum Weimar e.V.

Johanna-Schopenhauer-Straße 21

99423 Weimar

T. 03643-8711 6

F. 03643-8711 84

frauenzentrum.weimar@web.de

www.frauenzentrum-weimar.de

LGBTI Refugees Welcome Thüringen

c/o Vielfalt Leben – QueerWeg Verein für Thüringen e. V.

Asbachstraße 36

99435 Weimar

M. 01575-18 40 920

F. 03212-783 37 93

refugees@queerweg.de

www.queerweg.de



Flüchtlingsräte in Deutschland (Vermittlung/keine Beratung)

• Land Baden-Württemberg

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.

Hauptstätter Straße 57
70178 Stuttgart
T. 0711-55 32 834
F. 0711-55 32 835
info@fluechtlingsrat-bw.de
<http://fluechtlingsrat-bw.de>

• Land Bayern

Bayerischer Flüchtlingsrat

Augsburger Straße 13
80337 München
T. 089-76 22 34
F. 089-76 22 36
kontakt@fluechtlingsrat-bayern.de
www.fluechtlingsrat-bayern.de

• Land Berlin

Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Georgenkirchstraße 69-70
10249 Berlin
T. 030-24 34 45 762
F. 030-24 34 45 763
buero@fluechtlingsrat-berlin.de
www.fluechtlingsrat-berlin.de

• Land Brandenburg

Flüchtlingsrat Brandenburg

Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
T. 0331-71 64 99
F. 0331-88 71 54 60
info@fluechtlingsrat-brandenburg.de
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

• Land Bremen

Flüchtlingsrat Bremen

St. Jürgenstraße 102
28203 Bremen
T. 0421-41 66 12 18
F. 0421-41 66 12 19
info@fluechtlingsrat-bremen.de
www.fluechtlingsrat-bremen.de

• Land Hamburg

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.

Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
T. 040-43 15 87
F. 040-43 04 490
info@fluechtlingsrat-hamburg.de
www.fluechtlingsrat-hamburg.de

• Land Hessen

Hessischer Flüchtlingsrat

Leipziger Straße 17
60487 Frankfurt
T. 069-97 69 87 10
F. 069-97 69 87 11
hfr@fr-hessen.de
www.fr-hessen.de

• Land Mecklenburg-Vorpommern

Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Postfach 11 02 29
19002 Schwerin
T. 0385-58 15 790
F. 0385-58 15 791
kontakt@fluechtlingsrat-mv.de
www.fluechtlingsrat-mv.de

• Land Niedersachsen

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Röpkestraße 12
30173 Hannover
T. 0511-98 24 60 30
F. 0511-98 24 60 31
nds@nds-fluerat.org
www.nds-fluerat.org

• Land Nordrhein-Westfalen

Flüchtlingsrat NRW e.V.

Wittener Straße 201
44803 Bochum
T. 0234-58 731 560
F. 0234-58 731 575
info@frnrw.de
www.frnrw.de

• Land Rheinland-Pfalz

Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz

Postfach 2851
55516 Bad Kreuznach
T. 0671-84 59 152
F. 0671-25 11 40
info@asyl-rlp.org
www.asyl-rlp.org

• Land Saarland

Saarländischer Flüchtlingsrat e.V.

Kaiser-Friedrich-Ring 46
66740 Saarlouis
T. 06831-48 77 938
F. 06831-48 77 939
fluechtlingsrat@asyl-saar.de
www.asyl-saar.de

• Land Sachsen

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.

Dammweg 5
01097 Dresden
T. 0351-87 45 17 10
F. 0351-33 29 47 50
asyl@saechsischer-fluechtlingsrat.de
<http://saechsischer-fluechtlingsrat.de>

• Land Sachsen-Anhalt

Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.

Schellingstraße 3-4
39104 Magdeburg
T. 0391-53 71 28 1
F. 0391-53 71 28 0
info@fluechtlingsrat-lsa.de
www.fluechtlingsrat-lsa.de

• Land Schleswig-Holstein

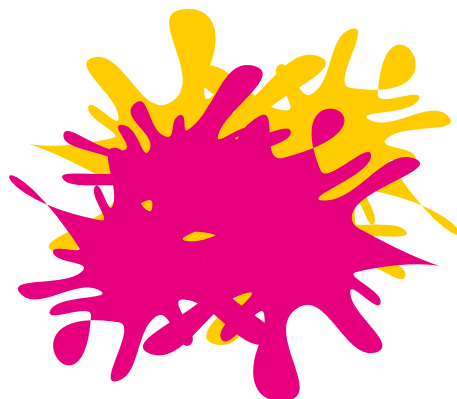
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Sophienblatt 82-86
24114 Kiel
T. 0431-73 50 00
F. 0431-73 60 77
office@frsh.de
www.frsh.de

• Land Thüringen

Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Schillerstraße 44
99096 Erfurt
T. 0361-51 80 51 25
T. 0361-51 80 51 26
F. 0361-51 88 43 28
info@fluechtlingsrat-thr.de
www.fluechtlingsrat-thr.de



Übersicht: Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit in verschiedenen Weltregionen

Während in vielen Staaten der Welt Menschen für die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen kämpfen, ist in anderen Ländern das Leben von schwulen, lesbischen und trans* Menschen bedroht. Entlang der rechtlichen Situation lassen sich drei Arten von Staaten unterscheiden (Quelle: www.hirschfeld-eddy-stiftung.de).

Staaten der Anerkennung

- Lateinamerika kennt keine homophoben oder transphoben Strafgesetze mehr. In immer mehr Staaten oder Regionen gibt es die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare (Argentinien, Uruguay, Brasilien), Partnerschaftsgesetze und Gesetze zum Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität, in einigen ist ein Diskriminierungsverbot in der Verfassung verankert (Ecuador, Bolivien, Uruguay, Kolumbien, Mexiko oder Regionen von Brasilien). Bereits 2012 verabschiedete das argentinische Parlament ein Gesetz über die Geschlechtsidentität, das eine individuelle Selbstbestimmung des Geschlechts ermöglicht.
- Südafrika hat die Ehe für homosexuelle Paare geöffnet, die Verfassung schützt seit 1997 Lesben und Schwule vor Diskriminierung.
- Die nördliche Hemisphäre (Europäische Union, Norwegen, Schweiz und Teile Nordamerikas), wo es keine homophoben Strafgesetze mehr gibt, sondern die Ehe für alle, Partnerschafts- sowie Schutzgesetze für LSBTTI*.

Derzeit 76 Staaten mit homophobem Strafrecht

- Sieben Staaten, in denen für homosexuelle Handlungen die Todesstrafe droht (Iran, Jemen, Mauretanien, Saudi-Arabien, Sudan, Teile von Nigeria und Somalia).
- Muslimische Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas.
- Ehemalige britische Kolonien mit mehrheitlich homophobem Strafrecht, das meist aus der Kolonialzeit tradiert wurde.

- Ehemalige französische Kolonien, die das koloniale Strafrecht beibehalten haben (Libanon, Senegal oder Togo).
- 36 afrikanische Staaten mit Strafgesetzen.
- 22 asiatische Staaten, die Homosexuelle strafrechtlich verfolgen.
- Zehn karibische (englischsprachige) Inselstaaten, in denen homosexuelle Handlungen verfolgt werden.

Derzeit 115 Staaten ohne homophobes Strafrecht

- In den Staaten des ehemaligen Ostblocks, die nicht der EU, aber dem Europarat angehören, gibt es kein homophobes Strafrecht mehr, aber auch keine Partnerschafts- oder Antidiskriminierungsgesetze, die der verbreiteten Homophobie entgegenwirken könnten. Es gibt Tendenzen, etwa in Russland, LSBTTI* erneut zu kriminalisieren, insbesondere durch sogenannte „Anti-Propaganda“-Gesetze, die ein positives oder auch nur neutrales Thematisieren von Homosexualität und LSBTTI* unter Strafe stellen.
- 16 afrikanische und 21 asiatische Staaten ohne homophobe Strafgesetze.

Die International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA) dokumentiert jährlich auf einer Weltkarte den rechtlichen Status von LSBTTI* weltweit.

Transgender Europe dokumentiert in dem Projekt „Transrespect versus Transphobia Worldwide“ auf mehreren Weltkarten, die jährlich aktualisiert werden, die rechtliche und soziale Situation von Trans*Personen. Projekthomepage: <http://transrespect.org/en>

TIPP  

Download der abgebildeten Karte auf Seite 41

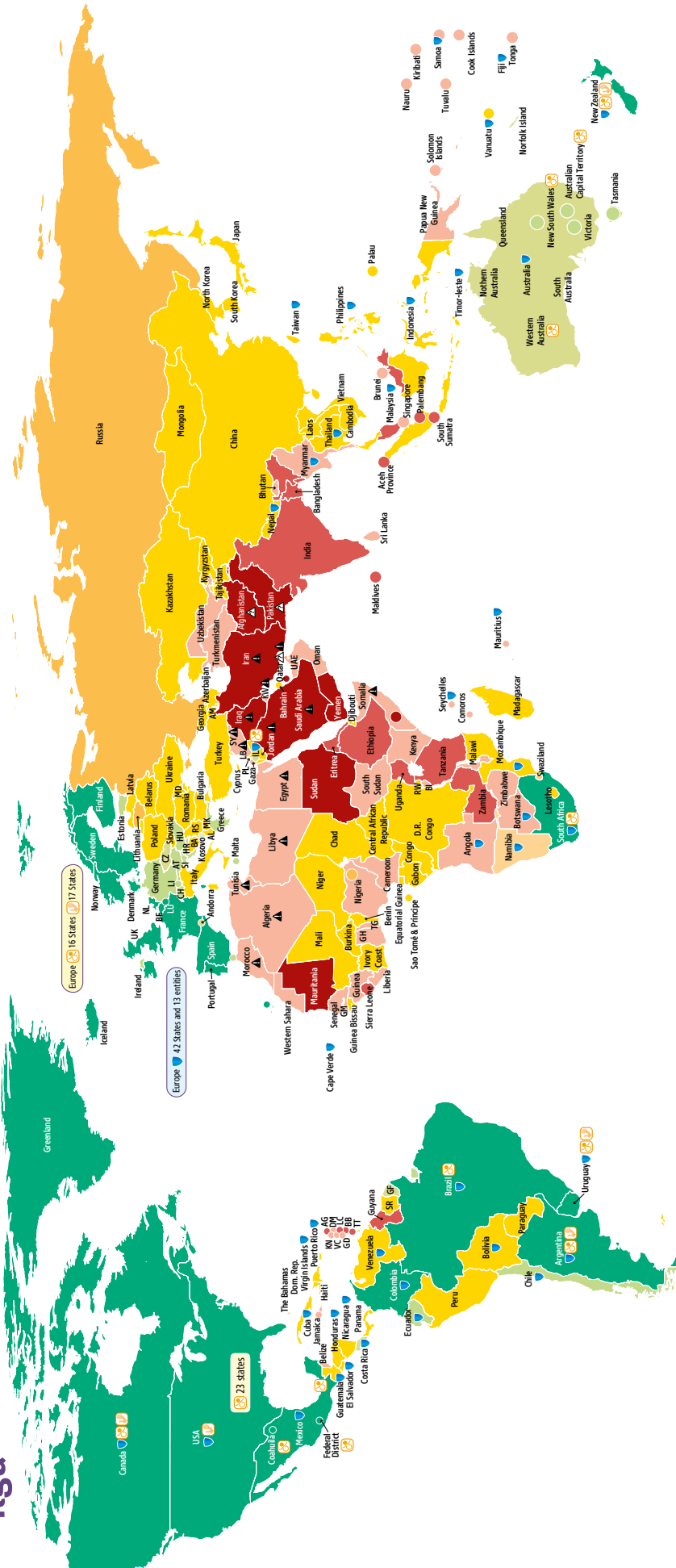
unter www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/stiftung/stiftungsarbeit/laender-und-regionen



SEXUAL ORIENTATION LAWS IN THE WORLD - OVERVIEW

ILGA, THE INTERNATIONAL LESBIAN, GAY, BISEXUAL, TRANS AND INTERSEX ASSOCIATION

MAY 2016
WWW.ILGA.ORG



CRIMINALISATION

- IMPRISONMENT**
75 countries and 5 entities
- DEATH PENALTY**
13 States (or parts of)
- Death penalty not known to be implemented
- Morality laws (religion-based) that limit LGBT freedom of expression and association

PROTECTION

- ANTI-DISCRIMINATION LAWS**
76 countries and 85 entities
- Includes employment, Constitution, other non-discrimination protections, hate crime and hate speech.
- NO SPECIFIC LEGISLATION**
Laws penalising same-sex sexual acts decriminalised, or never existed

RECOGNITION

- RECOGNITION OF SAME-SEX UNIONS**
34 countries and 65 entities
- JOINT ADOPTION**
27 countries and 28 entities
- SECOND PARENT ADOPTION**
17 countries and parts of Italy

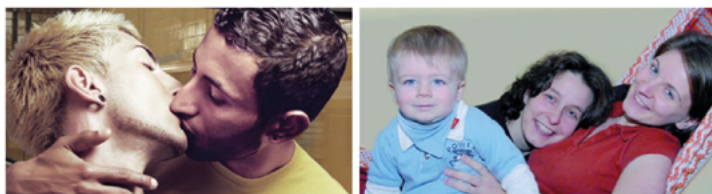
- Marriage**
Equal (almost equal) substitute to marriage
Clearly inferior substitute to marriage

The data represented in this map, and the three accompanying separate maps on Criminalisation, Protection and Recognition, are based on *State-Sponsored Homophobia: A World Survey of Sexual Orientation Laws: Criminalisation, Protection and Recognition in 168 Countries* by Angus Carroll. The report and these maps are available in the six official UN languages: English, Chinese, Arabic, French, Russian and Spanish on www.ilga.org. This edition of the report (May 2015) was coordinated by Angus Carroll and Renato Sabarwal (ILGA), and designed by Eduardo Etkin (@eduardoetkin@gmail.com).



Arbeitsblatt für den Orientierungskurs. Thema: Grundrechte, Familie

Welche Rechte haben homosexuelle Menschen in Deutschland?



A Können zwei Frauen in Deutschland heiraten?

Seit 2001 ist es in Deutschland möglich, dass zwei Frauen oder zwei Männern miteinander eine *Eingetragene Lebenspartnerschaft* eingehen. Damit werden gleichgeschlechtliche Partnerschaften offiziell anerkannt. Eingetragene Lebenspartnerschaften werden nicht immer wie Ehen behandelt, zum Beispiel beim Zahlen von Steuern oder bei der Adoption eines Kindes.

Beispiel: Sie leben als lesbische Frau in einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft und möchten Hartz-IV bekommen. Weil Sie nicht alleine leben, wird nicht nur Ihr eigenes Einkommen angerechnet, sondern auch das Ihrer Partnerin. Sie muss Sie unterstützen. Das gleiche gilt für ein Ehepaar. Wenn Ihre Partnerin Steuern zahlen muss, wird sie vom Finanzamt aber so behandelt wie eine Single-Person und muss mehr Steuern bezahlen als eine verheiratete Person in der gleichen Situation.

Frage: Welche Rechte haben Homosexuelle in Ihrem Herkunftsland und was dürfen sie dort nicht?

B Kann ein ausländischer Mann einen deutschen Mann heiraten?

Auch Nicht-Deutsche können eine Eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen. Das Paar darf auch eine Familienzusammenführung beantragen, falls nur eine Person eine Aufenthaltserlaubnis hat.

Beispiel: Sie sind ein schwuler Mann aus einem Land außerhalb der EU und haben Ihr Studium in Deutschland beendet. Ihr Visum wird deshalb nicht verlängert. Sie möchten sich aber nicht von Ihrem Partner trennen, mit dem Sie eine Beziehung führen. Wenn Sie eine Eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen, bekommen Sie das Recht, bei Ihrem Partner in Deutschland zu leben.

Frage: Würden Sie in so einem Fall Ihren Partner/Ihre Partnerin heiraten bzw. sich verpartnern?

Kontakt

Bei Diskriminierungen, bei Problemen im Alltag, im Beruf oder im sozialen Umfeld und bei Fragen zu Ihren Rechten, können Sie sich an eine Beratungsstelle wenden. Lesbische, schwule, bisexuelle und transgener Migrant/-innen und auch deren Freunde und Familie können dort Beratung oder Hilfe bekommen.

MILES Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule
im Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) e.V.
Kleiststraße 35, 10787 Berlin
Tel: 030/22502215, berlin@lsvd.de, www.berlin.lsvd.de

C Darf jemand wegen seiner Homosexualität seine Arbeit verlieren?

Nein! Denn das *Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)* verbietet es. Darin steht unter anderem, dass niemand wegen seiner sexuellen Identität Nachteile haben darf. Gemeint sind damit Schwule, Lesben, Bisexuelle, Transgender und intersexuelle Menschen.

Beispiel: Sie leben offen schwul und arbeiten als Bürokaufmann. In Ihrer Firma wird eine besser bezahlte Stelle frei, in der Sie auch mit Kunden Kontakt haben würden. Ihre Bewerbung wird abgelehnt. Im Gespräch mit Ihrem Chef wird Ihnen gesagt, dass die Firma viele konservative Kunden hat und ein schwuler Mitarbeiter daher für den Kundenkontakt ungeeignet sei. In diesem Fall werden Sie wegen ihrer sexuellen Identität benachteiligt. Ein heterosexueller Mitarbeiter hätte die Stelle bekommen. Sie könnten zum Beispiel mit Hilfe einer Beratungsstelle gegen Ihren Arbeitgeber klagen.

Frage: Würden Sie in der gleichen Situation Ihren Arbeitgeber verklagen?

D Gibt es schwule und lesbische Paare mit Kindern?

Viele Kinder leben in Familien mit lesbischen Müttern oder schwulen Vätern. Diese Familien werden *Regenbogenfamilien* genannt. Um als Elternteil rechtlich anerkannt zu werden, kann in einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft das leibliche Kind des Partners/der Partnerin adoptiert werden. Diese Art der Adoption heißt *Stiefkindadoption*.

Beispiel: Sie planen als Frau gemeinsam mit Ihrer Partnerin ein Kind. Ihre Partnerin wird mit Hilfe einer Samenbank schwanger. Das Kind wird mit Ihnen beiden als Eltern aufwachsen. Vor dem Gesetz werden Sie erst als voll verantwortliches Elternteil anerkannt, wenn Sie verpartnert sind und das Kind per Stiefkindadoption adoptieren.

Frage: Sollten homosexuelle Paare von Geburt an gleichberechtigte Eltern für ein Kind sein dürfen?



Impressum: Herausgegeben 2012 vom Bildungs- und Sozialwerks des Lesben- und Schwulenverbands Berlin-Brandenburg e.V. Kleiststraße 35, 10787 Berlin, Tel: 030/22502215.
Redaktion: S. Ceylan, S. Jung, J. Steinert. Grafik: S. Ceylan
In Kooperation mit der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg

Kostenloser Download dieses Arbeitsblatts unter www.berlin.lsvd.de/Downloads
Weltkarte der Homosexuellen-Rechte online unter www.ilga.org/ilga/en/article/1161

TIPP



Download des
Arbeitsblattes
unter

<https://berlin.lsvd.de/projekte/miles>

Die Handreichung ist eine gemeinsame Publikation von



Gefördert durch



Mit freundlicher Unterstützung von



HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG

Die Organisationen im Internet:

www.asb-nrw.de

www.lsvd.de

www.paritaet.org

www.hirschfeld-eddy-stiftung.de

Download-Links dieser Broschüre:

www.der-paritaetische.de/download/lstbti

www.queer-refugees.de

www.asb-queer.de

Impressum und Bestelladresse



Arbeiter-Samariter-Bund NRW e.V.

Kaiser-Wilhelm-Ring 50

50672 Köln

T. 0221-949707-0

F. 0221-949707-19

kontakt@asb-nrw.de

Redaktion: Frank Hoyer, Solveig Velte, Klaus Jetz, René Mertens

Gestaltung: de Haar Grafikdesign, Köln

Fotonachweis: Fotolia – liencheno20_2, Fotolia – Thomas Leonhardy, privat

Trotz sorgfältiger Kontrolle können die an der Erstellung beteiligten Organisationen und Personen keine Gewährleistung für die Genauigkeit oder Vollständigkeit der hier gegebenen Informationen übernehmen; auch keine Haftung für Druckfehler und Irrtümer

Stand: Juni 2016 (2. Auflage)

